

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg I, Probstraße 2-5 — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 37

Berlin, den 12. September 1931

6. Jahrgang

Wirtschafts-Umwälzung und 40-Stundenwoche

In diesem Thema gab Professor Lederer, Heidelberg, auf dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt (Main) einen umfangreichen Überblick über den Zustand der Wirtschaft und die gegenwärtige Krise. Aus seinen für die Allgemeinheit so wichtigen Ausführungen bringen wir den folgenden Auszug:

Die Wälder haben besonders in der jetzigen Wirtschaftskrise ein fast unüberwindliches Mißtrauen gegen die Wirtschaftsführer und auch gegen die Wirtschaftswissenschaftler bekommen. Soweit das Mißtrauen gegenüber den Nationalökonomern in Betracht kommt, möchte ich eine launige Bemerkung machen. Die Nationalökonomie unterscheidet sich von der Medizin insofern, als die Patienten, die von einem Arzt Medizin verschrieben bekommen, das Medikament auch ruhig schlucken, — während sich das Publikum den Tadel darum kummert, was die Nationalökonomern als Medizin verschreiben.

Die Beurteilung der Weltwirtschaftslage ist ohne Zweifel schwieriger geworden. Die jetzt bestehende Wirtschaftskrise ist nicht mit einer geistlichen Bestrafung zu heilen. Es gibt heute keine politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die nicht von der Krise beeinflusst sind. Zwischen den früheren und heutigen Krisen sind nur Unterschiede in den Umständen. Aber heute äußert sich die Krise nicht nur als Folgeerscheinung ökonomischer Gesetze, sondern äußerst sich in einer Umwälzung der Produktionsvolumen und anderen Wirkungen.

Die ineinandergreifenden Wirtschaftskörper der einzelnen Staaten in der Weltwirtschaft schufen früher Ausgleichstendenzen. Das ist heute nicht mehr in den früheren Ausmaßen festzustellen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche zwingt zur Frage: Wird dann noch das notwendige Sozialprodukt herzustellen sein und wie wird es hergestellt? Die Gestaltung der Freizeit, die verlängert wird, und überhaupt die Frage auf die Wirkung des Erweiterns sind zu prüfen.

In allen Sphären der Produktion sind technische Fortschritte und Veränderungen erreicht, die sich im Rahmen der Weltwirtschaft auswirken müssen. Wir stehen einer neuen technischen Welt gegenüber. Auch an der Rohstoffbasis sind die Veränderungen spürbar. Technische Fortschritte, beschleunigte Rationalisierung haben empfindliche Störungen in der Wirtschaft hervorgerufen. In einer kapitalistischen Wirtschaft fehlt eben das Manöver. Man hat die Wirkungen der technischen Fortschritte nicht mit in Rechnung gestellt und wurde überrascht. Die technische Entwicklung führte zu einer Inflation der Werte. Man überwertete und trieb die Kurse an den Börsen in die Höhe. Da die Effekten aber die Grundlage der Kredite sind, mußten bei der engen Verflechtung mit der Produktion Krisen hervorgerufen werden. Es ist nicht so, daß die Börse die festen Werte in der Wirtschaft nicht beeinflusst.

Diejenigen Wirtschaftszweige, deren Papiere an der Börse günstige Kurse erzielen, erhalten eine Möglichkeit der Ausweitung ihrer Betriebe. Man gibt leichter Kredite und erleichtert Investitionen, die der Vergrößerung der Betriebe dienen. Man gibt durch die Vergabe neuen Anlagekapitals den Konzernen und Trusts Gelegenheit zu Fehlinvestitionen, die krisenfördernd wirken und würdigt zu wenig die mittleren und kleineren, aber wichtigen Betriebe. Es tritt eine Überfütterung an Kapital in den Großbetrieben ein, mit allen Konsequenzen, die wir im Vergangenen erlebten.

Wir beachten zu wenig die Frage der Rölle, die unsere Exportindustrie erschweren. Hinter den Rollmanern läßt sich eine systematische Einschränkung der Produktion feststellen, weil die Ausfuhr nicht im richtigen Maßstab gefördert wird. Kann die wirtschaftliche Krise politisch geheilt werden? Früher rechnete man damit, daß politische Ereignisse die Wirtschaft niemals gefährden könnten und sich die Wirtschaft von selbst aus Krisenzuständen erhole.

Die politische Nervosität der Welt ist eine starke Ursache der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Ein Zeichen, wie hellhörig heute die Wirtschaft auf politische Stimmungen reagiert, zeigen die Ereignisse der letzten Zeit. Das Einfließen der politischen Ströme in die Wirtschaft zeigt sich beispielsweise daran, daß Unruhen und Arbeitslosigkeit die Kreditfähigkeit eines Staates verringern. Die Tatsache eines unruhigen inneren Marktes zeigt gleiche Ergebnisse. Man bekommt Mißtrauen gegenüber solchen Wirtschaftskörpern und verwandelt langfristige Kredite in kurzfristige. Die Rückforderung der Kredite ist aber in der Wirtschaft nicht nur katastrophal, sondern auch nicht überall möglich, weil Kredite in den Zweigen der Wirtschaft festgehalten werden. Es ist nicht möglich bei der internationalen Finanzverflechtung eine autarke Wirtschaft zu schaffen, die unabhängig leben kann von anderen Ländern. Arme Länder würden noch mehr leiden. Es ist unmöglich, daß bei der fortschrittlichen technischen Entwicklung eine Wirtschaft sich erhalten kann, ohne Internationalisierung des internationalen Wirtschaftskreislaufes. Die Entfall der Produktion wird aber gehemmt durch die Kolonialsysteme. Wir dürfen uns durch die Tatsache, daß sich das Kapital organisiert und konzentriert hat, nicht davon abhalten lassen, für die wirtschaftliche und personelle Freiheit mit aller politischen Mitteln zu kämpfen. Die wirtschaftliche Wiederherstellung kann nur durch Förderung der Produktion und der Handelsbeziehungen erreicht werden. Man kann durch Abschaffung des Diskonts eine Gebung der Produktion ermöglichen. Es ist aber nicht gesagt, daß damit der richtige Weg eingeschlagen ist, weil es heute wenig aussichtsreiche Felder für Kapitalinvestitionen gibt. Wir leiden an einer Überkapazität, die die Industriellen warnen, neues Kapital zu investieren, die damit den Abstrom

des Geldes aus den Händen der Sparer in die Produktion hindert. Viele Produktionsmittel werden heute nicht produziert, obwohl sie notwendig sind, weil sie aus mangelnder Konsumkraft nicht gekauft werden können. Das gleiche gilt für viele Konsumgüter. Während früher durch Senken des Sozialprodukts Krisen bekämpft werden konnten, ist dies heute nicht möglich. Heute können Kapitalinvestitionen nicht wie früher dem Aufbau einer neuen Industrie dienen und durch Erträge wieder realisiert werden. Kapital darf heute nur in aussichtsreichen Industrien investiert werden, die Überkapazität muß zunächst ausgefüllt werden, und es ist eine Kontrolle der Kredite bringende Notwendigkeit. Die Anpassung für Kapital muß jüngerem verringert werden. Der Kapitalstrom muß planvoll geleitet werden. Erst wenn die Überkapazität, der freie Kapazitätsspielraum ausgefüllt ist, kann man neue Richtungen für das Anlegen von Investitionen bestimmen. Die Befriedung der Welt allein kann die verheerende Wirkung der Kartelle und der Kolonialsysteme nicht beseitigen. Es fragt sich immer, wohin das Kapital in der Welt geleitet werden kann. Man sagt, solange keine politische Ruhe herrscht, können keine Kredite gegeben werden; man kann aber auch umgekehrt sagen, daß nicht gegebene Kredite erst Unruhe schaffen. Eine weitere volkswirtschaftlich wichtige Angelegenheit: In den alten kapitalistischen Ländern, bei denen der Anteil der Rentner groß ist — ist die Frage, ob der Staat ihnen auf die Dauer günstige Zinssätze geben kann, ungeheuer wichtig. Eine Herabsetzung des alten Kapitals wäre verheerend. Bei einer weiteren Steigerung des Geldwertes muß ein Ausgleich geschaffen werden zwischen dem Geld, das die Sparer vor fünf oder acht Jahren gegeben haben, und dem Geld, das heute automatisch eine Wertsteigerung erhält. Wenn wir der Meinung sind, daß Wirtschaft und Geldmarkt international verflochten sind, können wir auch nicht auf den Geldwert herabkommen.

Um aus der Krise herauszukommen, müssen wir uns mit der Tatsache vertraut machen, daß der Gesundungsprozess ein langwieriger sein wird. Es wird nicht eine drastische, in wenigen Monaten eintretende merkliche Verbesserung der Lage zu erwarten sein. Es ist nicht zu sagen, ob nach Auffüllung des Kapazitätsspielraums und bei neuer Kapitalbildung, bei einer Überwindung der Krise alle Arbeitslosen wieder im Wirtschaftsprozess Anteil haben.

Es wäre aber widerwärtig, durch Lohnabbau Arbeitslose in die Produktion einzureihen. Das Tempo der technischen

Entwicklung kann rascher als die Kapitalbildung rollen, und es ist der Rahmen für die Einreihung der Arbeitslosen noch nicht gegeben. Der Markt für neue Fertigprodukte läßt sich nur langsam aufbauen, in einem vorbestimmten Tempo, das in die allgemeine Bewegung eingereicht werden müßte. Würde das darauf hinauslaufen, daß man den technischen Fortschritt droffelt? In der Tat ist die Frage der Beschleunigung des technischen Fortschritts eine Frage, die im Interesse der Allgemeinheit geprüft werden muß. Dämpfung ist ja noch nicht völliges Ausschalten, und in den verschiedensten Industriezweigen wird das Steppen der technischen Entwicklung schon praktisch geübt.

Für unsere Problemstellung ergibt sich, daß wir so lange mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit durch technische Fortschritte rechnen müssen, solange keine neuen Produktionsmöglichkeiten vor-handen sind. Das kann sehr lange dauern. Es muß ein Zustand erreicht werden, der das Arbeitsvolumen auf die breiten Massen des Volkes verteilen läßt. Arbeitszeitverkürzung ist zu empfehlen, weil dadurch das Sozialprodukt nicht verringert wird, und zahlreiche Industriezweige durch die Intensivierung die Arbeitszeitverkürzung dringend machen. 800 000 Arbeitslose können damit wieder eingereicht werden. Der Anteil der Arbeitslosen an der strukturellen Arbeitszeit beträgt ungefähr eine Million Menschen. Er könnte durch verkürzte Arbeitszeit beseitigt werden.

Schwierig ist natürlich die Frage des Lohnausgleichs, aber sie muß zurückbleiben, wenn man Hunderttausenden wieder Arbeit geben kann. Es ist ein schönes Zeugnis von Solidarität der Arbeiterklasse, daß sie eintritt für Beschränkung des Arbeitsvolumens. Das ist das genaue Gegenteil von kapitalistischer Gewinnung. Es liegt ein höchstes ethisches Handeln vor, wenn die Arbeiterklasse die Arbeitszeitverkürzung fordert. Die gewonnenen Arbeitszeit muß zur kulturellen Gebung verwendet werden, dem Menschen neben der Arbeit noch andere Lebensinhalte durch Sport, Spiel und wissenschaftliche Arbeit gegeben werden. Es sind gegenüber der entseelten Arbeit Konventionen. Es sind Gegengewichte, die wichtig sind für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse, für die die Gewerkschaften den Rahmen schaffen können. Die Triebkräfte des Arbeiters werden sich besser entfalten können. Er wird größere persönliche Freiheit erhalten. Die Überwindung der mörderischen Wirtschaftskrise durch den Menschen wird den Weg aufwärts weisen.

14. Gewerkschaftskongress in Frankfurt

Gewerkschaftskongresse sind Tagungen von nationaler und internationaler Bedeutung. Auf den Gewerkschaftskongressen werden Fragen behandelt und Probleme erörtert, die die gesamte Öffentlichkeit berühren und Beschlüsse gefaßt, die nicht nur das Schicksal der Arbeiterklasse betreffen, sondern auch das anderer Volksteile. Auf den Gewerkschaftskongressen kommt der Wille von Millionen organisierter Einzelkämpfer zum Ausdruck, die von einheitlichem Willen nach einem entwicklungsbedingten Ziele gedrängt werden und die bereit sind, mit allen Fasern ihres Herzens, mit reifer Überlegung dafür zu kämpfen. Dieses Kämpfen vollzieht sich nicht sichtbar auf Barrikaden, nicht mit bemerkbarem Plan rabaukistischer Sturmtrupps sondern nüchtern und realpolitisch mit Aufzeichnung und Durchleuchtung der Probleme, mit Statistiken und wirtschaftlichen Tatsachen, mit der Kennzeichnung der Schäden unserer Zeit, mit nüchternem Material, mit nackten Wahrheiten, mit dem Aufdecken der schädlichen Wirkungen des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems und mit dem klaren Hinweis auf Änderung mittels organisatorischer Macht der Leidenden und Bedrückten.

Auf diesem Kongress in Frankfurt a. M. trat das wieder sehr deutlich in Erscheinung. Schon bei der Eröffnung war das aus den Reden Leiparts und Stegerwalds, deren Ausführungen wir in der vorigen Nummer brachten, zu erkennen.

Der Bericht des Bundesvorstandes, den Leipart am Montag gab, bot eine Übersicht über die geleistete Arbeit und enthielt scharfe Mahnungen und Warnungen der Gewerkschaften an die Regierungen und an das Unternehmertum, den Bogen nicht zu überspannen. Die Ausführungen Leiparts enthielten in der Kritik an der Reichsregierung und am Unternehmertum eine wichtige Anklage. Die Regierungsvertreter und die Unternehmer mußten sich dabei und auch während der Diskussion vornehmen, als säßen sie vor den Schranken des Volksgerichts.

Der Gewerkschaftskongress sah damit über das Verjagen der sogenannten Wirtschaftsführer und über die Politik der Reichsregierung zu Gericht, und diese hätte sich dem gar nicht entziehen können, selbst wenn keine Regierungsvertreter anwesend gewesen wären.

Aus dem Bericht Leiparts heben wir als besonders beachtenswert hervor:

Bericht des Bundesvorstandes

Das Gesamtergebnis der Lohnkämpfe der letzten Jahre läßt sich dahin zusammenfassen: in den Jahren 1928 und 1929 ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tariflöhne etwa um 8 Prozent zu verbessern; im Jahre 1930 mußten die über-tarifflichen Verdienste geopfert werden, und 1931 wurden auch die Tariflöhne um etwa 6 Prozent gekürzt.

Von den Arbeitgebern wird nun versucht, die Lohnpolitik der Gewerkschaften für die verzweigte wirtschaftliche Lage Deutschlands verantwortlich zu machen.

Das Ergebnis des Wiederaufbaues der Industrie nach der Stabilisierung ist aber, daß die Produktivität der Arbeit um 25 bis 30 Prozent gesteigert wurde, während die Steigerung der Reallohne sich auf etwa 16 Prozent beschränkte.

Ich will mit diesen Feststellungen die Bedeutung der tatsächlich erreichten Lohnsteigerung nicht herabsetzen, ich sage vielmehr, daß dank dem System der Tarifverträge und dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften im Jahre 1930 der deutsche Binnenmarkt nicht in dem Maße ausgehöhlt wurde, wie dies der Fall gewesen wäre, wenn die Arbeitgeber die Löhne nach ihrem Wunsch hätten festsetzen können.

Die Reichsregierung entschloß sich, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen, indem sie die Barole der allgemeinen Lohnsenkung nunmehr in ihr eigenes Regierungsprogramm aufnahm und ihren starken Einfluß auf die staatlichen Beschäftigungsorgane gegen die Gewerkschaften einsetzte. Das ist der schwerste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen. Einmal, weil dieser Eingriff in das Machtverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in der ungerechtesten Weise einseitig gegen die Arbeiter richtete, zum anderen, weil er, statt der Wirtschaft zu dienen, die Krise ganz erheblich verschärfte und die Arbeitslosigkeit in hohem Maße vermehrt hat.

Dem Hamburger Bundestag durften wir als Kongress-freundig den Weg zur Wirtschaft der Zukunft vorzeichnen: das Buch „Wirtschaftsdemokratie“. Dem Frankfurter Kongress mußten wir ein Sammelwerk vorlegen, das sich mit den Werten des Augenblicks beschäftigt: das Buch über die „40-Stunden-Woche“. Ich will hoffen, daß dieses Buch, das aus der Not der Zeit geboren ist, in der Öffentlichkeit die gleiche ehrende Aufmerksamkeit finden wird wie unsere damaligen Gedanken zur Wirtschaftsdemokratie.

Wir haben — der wirtschaftlichen Entwicklung folgend — versucht, ihn auf Gebieten fruchtbar zu machen, die in jüngster Zeit besonders erörtert werden, indem wir ausführliche Vorschläge zur Aktienrechtsreform sowie — vor wenigen Wochen — zur Kontrolle der Banken durch ein Bankenamt ausarbeiteten.

Aber die wirtschaftliche wie die politische Entwicklung war und ist den Gewerkschaften nicht günstig. Unschönend glaubt die Regierung, auf die Dauer einen der wichtigsten und bodenständigsten Teile des deutschen Volkes von der Verantwortung am Wohl und Wehe Deutschlands auszuschalten zu können. Ja, es scheint tatsächlich so, als ob die Regierung ohne und gegen die Arbeiterklasse zu regieren gedenkt.

Überprüfen wir den Ablauf der drei letzten Jahre unter diesem Gesichtspunkt, so müssen wir — bei aller objektiven

Verurteilung — zu der Anklage kommen, daß die Lasten der Wirtschaft um so stärker auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt worden sind, je mehr wir uns dem Zeitpunkt der Wirtschaftstätigkeit genähert haben.

Für unsere Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet stand begrifflichermaßen während der ganzen Verichtszeit die Frage der Arbeitslosigkeit und der Versorgung der Arbeitslosen im Vordergrund.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die aus ihr resultierenden Finanzprobleme führten sowohl zu ständig sich steigenden Angriffen auf das Ausmaß an Arbeitslosenversicherung als auch zu Angriffen auf das Prinzip der Arbeitslosenversicherung. Um die Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung einzuschränken und später ganz auszuschließen, griff die Regierung durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 ebenfalls in die Arbeitslosenversicherung ein. Noch einmal gelang es unseren von der sozialdemokratischen Fraktion aufträchtig unterstützten Bemühungen, durch eine neue Verordnung vom Dezember 1930 einige Erleichterungen zu erzielen, bis dann die ungeliebte Notverordnung vom 6. Juni 1931 erneut einen weiteren gewaltigen Abbau der Leistungen gebracht hat. Es ist bisher nicht gelungen, nennenswerte Veränderungen der schikanösen Bestimmungen, die ohne zwingende wirtschaftliche oder finanzielle Gründe in das Gesetz gebracht worden sind, herbeizuführen. Aber die Ungerechtigkeiten dürfen nicht bestehen bleiben.

Die der großen Arbeitslosigkeit entspringenden Finanzschwierigkeiten, die Gefahr des weiteren Steigens der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter und die Tatsache, daß durch die Aussteuerung der langfristigen Arbeitslosen eine starke Verlagerung der Unterstützung aus der Versicherung in die Krisenfürsorge und die gemeindliche Wohlfahrtsfürsorge erfolgt, haben in letzter Zeit vielfach zu der grundsätzlichen Forderung geführt, die Arbeitslosenversicherung zu sistieren und mindestens vorübergehend für den gesamten Arbeitslosenschub wieder zu einer auf der Bedürftigkeitsprüfung aufgebauten allgemeinen Arbeitslosenversicherung zurückzuführen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Wirtschaftskrise benutzt wird, das Rechtsprinzip der Arbeitslosenversicherung in Deutschland wieder zu vernichten.

Wir haben mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangt, daß die Krisenfürsorge und die gemeindliche Unterstützung der Wohlfahrtsdienstleistungen zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenversicherung zusammengefaßt werden.

Zu der weiteren Finanzierung der Versicherung sollten, entsprechend der Belastung aller versicherten Arbeitnehmer, auch alle anderen Einkommensträger, insbesondere alle höherverdienenden, einschließlich der Beamten, nach Maßgabe ihres Einkommens zur Kostendeckung herangezogen werden. Für völlig unberechtigt halten wir nach wie vor die Sonderstellung der Landwirtschaft. Am übrigen müssen, solange die Not der großen Arbeitslosigkeit andauert, entsprechend öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

Unbefriedigend in höchstem Grade ist ferner das Gebiet der Arbeitsbeschaffung. Ich hoffe, daß der Kongreß, wie es wiederholt schon der Bundesausschuß getan hat, mit Entschiedenheit zum Ausdruck bringt, daß er in der Verkürzung der Arbeitszeit das sofort wirksame Mittel erblickt, die jetzige Zahl der Arbeitslosen zu verringern und weitere neue Entlassungen zu verhindern.

Die Wirtschaftskrise trifft die jüngeren Arbeiter besonders schwer, weil es vielen von ihnen durch den Arbeitsmangel unmöglich gemacht wird, in einem Berufe wirklich Fuß zu fassen. Deshalb muß schon heute in höherem Maße als bisher von den Großbetrieben — sowohl von den privaten wie von den öffentlichen — die Pflicht der Nachwuchsbildung erfüllt werden. Die Erfüllung dieser Pflicht darf nicht länger in das Belieben des einzelnen gestellt bleiben. Das Berufsausbildungsgebot muß unter allen Umständen sobald wie möglich fertiggestellt sowie eine gesetzliche Regelung der Ferien für die Jugendlichen vorgenommen werden.

In bezug auf die besondere Lage der Arbeiterinnen erscheint es mir erforderlich, über die vielumstrittene Erwerbsarbeit der verheirateten Frau Stellung zu nehmen.

Einen wichtigen Erfolg unserer auf ausreichenden Mutterzuschuß gerichteten Bestrebungen stellt das im Jahre 1929 erlassene Gesetz über die Wochenhilfe dar.

Im Laufe der Geschäftsperiode ist es, unterstützt durch unsere parlamentarischen Vertreter, wiederum gelungen, die Gewerbeanstalt in den einzelnen Ländern auszubauen. Auch unserer Forderung nach Ausbau der ärztlichen Gewerbeaufsicht ist in gewissem Umfang entsprochen worden.

Gegen die Verschlechterung der Unfallversicherung, die von den Arbeitgeberverbänden angestrebt wird, hat der Bundesvorstand zusammen mit den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister Stellung genommen.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung mußte in der Verichtszeit eine verstärkte Aktivität eingesetzt werden.

Wir halten eine organisierte Reform zur Vereinheitlichung der gesamten Renten- und Krankenversicherung nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich. Hierbei muß auch in der Unfallversicherung die in der Reichsversicherung ausgeübte maßgebende Mitwirkung der Versicherten gewahrt werden.

Das für die Gewerbehygiene und den gesundheitlichen Arbeiter die wichtigste Ereignis in der Verichtszeit ist der Erlass der Verordnung über Berufskrankheiten vom Februar 1929. Am Zustandekommen dieser Verordnung haben wir regen Anteil genommen. Es sind größtenteils unsere Anträge, denen bei der Erweiterung der Liste der entgeltungspflichtigen Berufskrankheiten von 11 auf 22 entsprochen worden ist. Die größte Bedeutung unter den neu entgeltungspflichtig gewordenen Erkrankungen kommt der Staublungenkrankung zu.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind wir nach wie vor bestrebt gewesen, besonders den Kleinwohnungsbau zu fördern. Hierzu hat sich auch unsere Wohnungsfürsorge-Gesellschaft (Deuwo) regen betätigt, die mit ihren Tochtergesellschaften bisher rund 33 000 Wohnungen gebaut hat. Darüber hinaus hat sich der Bundesvorstand wiederholt für die Förderung der Bauwirtschaft eingesetzt.

Eine Reform der Hauszinssteuer wäre unseres Erachtens nur dann durchzuführen, daß an ihre Stelle eine offene, aber grundbesitzlich zu steuernde und abdingbare Last tritt, die nach unserem Vorschlag durch Amortisation in etwa 18 Jahren abgetragen werden kann, aber das bisherige Niveau von 1 1/2 Milliarden Reich jährlich sicherstellt.

Als wichtigste abzulehnen ist schließlich die Abicht der Hausbesitzerorganisationen, mit der jetzigen Hauszinssteuerreform die Verteilung des Mietereinkommens zu verbinden. Die dahin gerichteten Pläne betreffen uns, außer Forderung nach Vereinheitlichung und Ausgestaltung der bestehenden Gesetze zum Schutze der Mieter, zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht nachdrücklich zu wiederholen.

Inwieweit der Organisation unseres Bundes hat die Konzentration der Kräfte im Sinne der Breslauer Kongreßbeschlüsse weitere Früchte getragen. Die Zahl der im Bund vereinigten Gewerkschaften ist durch Zusammenschluß verwandter Verbände von 35, die auf dem Kongreß in Hamburg noch vertreten waren, auf 30 Verbände Ende 1930 gelangt.

Die Bezirksorganisation des Bundes hat sich in den letzten Jahren sehr vortätig eingearbeitet und viel dazu beigetragen, daß trotz der schwersten Wirtschaftslage der Bestand unserer Bewegung nur wenig erschüttert werden konnte. Das gilt auch gegenüber den Zerpfaltungsbestrebungen der

Kommunistischen Partei. Das Experiment der Moskauer Gewerkschaftsinternationale, eigene Organisationen aufzubauen und die kommunistischen Anhänger in der DGB zu sammeln, darf als völlig fehlgeschlagen bezeichnet werden.

Ueber die hohe Bedeutung der Arbeiterbildung und die großen Aufgaben der Gewerkschaften auf diesem Gebiete haben wir vor drei Jahren auf dem Hamburger Kongreß ernsthafte Verhandlungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt, die auch in der Öffentlichkeit und besonders in der Fachwelt große Beachtung gefunden haben. Aus unserer Bildungsarbeit in der

Folgende Entschliessungen nahm der Kongreß einstimmig an:

Für soziale Gerechtigkeit!

„Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Veranlassung der Arbeiter zu kämpfen und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongreß um so mehr Einspruch erheben, als er der festen Überzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.“

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongreß weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkter Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperlichkeiten, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.“

Internationale Arbeitsbeschaffung

„Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.“

Der Kongreß beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.“

Vertrauensvotum

Dem Bundesvorstand wurde Entlastung und Vertrauen gegen eine Stimme ausgesprochen.

Der Bericht des Bundesvorstandes über die Tätigkeit der Betriebsämter der Bundesbehörde in Vornau zu erwähnen.

Unsere auf dem Hamburger Kongreß aufgestellten Forderungen zum öffentlichen Schulwesen haben allgemeine Beachtung gefunden. Die Absicht, gemäß der erweiterten Deutung des Begriffs Arbeiterbildung unsere Wirksamkeit auf das Gebiet des öffentlichen Schulwesens auszudehnen, ist von weiten Kreisen, insbesondere der Lehrerschaft, begrüßt worden. Die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Be-

Selbsthilfe / Eine Antwort

Die Notlage, in die das deutsche Volk infolge der schweren andauernden Krise hineingekommen ist, wird von verschiedenen Seiten benutzt unter dem zum Schlagwort gewordenen Aufse „Selbsthilfe“ Blüten von Ansichten und Vorschlägen bekanntzugeben, die das Ende der Arbeitslosigkeit enthalten sollen, wenn nur einmal entsprechend diesen Vorschlägen gehandelt würde. Fürwahr! Ist denn niemand da, der diese Vernunftlose in Wirtschaft- und staatspolitischer Hinsicht endlich einmal aus Ruher läßt, damit sie entsprechend ihrem Rezept an Vorschlägen und von der verheerenden und den Menschen so niederdrückenden Arbeitslosigkeit befreien?

Folgender Vorgang: Ich bin in einer Betriebsversammlung in G. auf dringendes Verlangen unserer Mitglieder. Der Direktor mit seinem Adjutanten betritt das Lokal und geht schnurstracks nach vorn. Dort sehe ich, Er erblickt und erkennt mich, ruft, findet dann aber die Sprache. 10 bis 15 Proz. will er erneut vom Lohn abbauen, nachdem bereits zweimal eine Lohnsenkung von im Durchschnitt 6 Proz. gegeben ist. Die überhöhten Akkordlöhne sollen da und dort unten revidiert werden. Mit unserem Verband ist ein Tarifvertrag abgeschlossen, der zum 31. August von der Firma gekündigt ist. Zweck des Erscheinens des Direktors war, seinen Arbeitern plausibel zu machen, daß der geforderte Lohnabbau unbedingt geschehen müsse, und zwar durch eine betriebliche Vermögensumverteilung unter Ausschluß der Gewerkschaft. Der Herr Direktor sprach als erster. Er schilderte die schwierige Lage des Werkes und sprach zugleich die Versicherung aus, daß wir nicht zur Einigkeit kommen. Die Arbeiter habe zu wählen, ob sie arbeitslos liegen und von der fraglichen Arbeitslosenunterstützung leben will. Die Einigkeit scheitert nur an der Lohnfrage. Alle übrigen Forderungen in den Verteilungsfragen können nicht mehr gestellt werden, es bleibe nur noch der Lohn übrig. Die nächste Zukunft sei unklar. Ob es gelingt, trotz der von ihm geforderten Senkung der Löhne, den Betrieb aufrechtzuerhalten, kann er nicht sagen. Er wendet sich gegen die Regierungsaktion, die nur einseitig die Preise gesenkt habe. (!!!)

Nachdem einige Arbeiter aus dem Betriebe dazu gesprochen hatten, kam ich zu Worte. Die Argumentation des Direktors zur Begründung seiner Forderung wurde eingehend zerpflegt und die Unmöglichkeit in der Erkenntnis der Ursachen der Schwierigen Lage etwas unter die Lupe genommen. Die Bekämpfung dieser Ursachen muß Hauptaufgabe sein. Das Vorgehen des Direktors führe uns nur weiter in den Abgrund.

Der Direktor war wie aus den Panioffeln geboren. Er bezeugte mich als einen geschickten Redner, schimpfte dann auf die Politik der Gewerkschaften seit 1918, die daran schuld wäre, daß wir in diese Lage gekommen sind. Die Weltlöhne und -preise ständen niedriger als bei uns in Deutschland, und damit war es aus. Er hatte sich in seiner Hilflosigkeit durch seinen Adjutanten einen Artikel holen lassen, den er dann

russische hat sich im Interesse einer pfeleglichen Förderung dieser wichtigen Schulgattung zunehmend enger gestaltet.

In Verbindung mit der Lage des Arbeitsmarktes ist bekanntlich auch die Verlängerung der Pflichtschulzeit erneut diskutiert worden. Wir haben den Vorschlag, die lediglich eine zeitlich befristete Notmaßnahme herbeiführen wollten, unsere Zustimmung verweigert. Wir haben sehr eingehend den Inhalt und die Zielsetzung des zukünftigen neunten Schuljahres geprüft und unsere Ansicht darüber der Öffentlichkeit unterbreitet.

Ich möchte nicht schließen, ohne wenigstens einen kurzen Blick noch auf die internationale Lage zu werfen. Ich meine die Lage des deutschen Volkes gegenüber dem Ausland. Wir, die wir stets und grundsätzlich für die friedliche Zusammenarbeit der Völker eingetreten sind, ohne von dem Ansehen und der Würde der eigenen Nation das geringste Preiszugeben, haben ein Recht zur Freude darüber, daß sich nach glücklicher Überstandener Gefahr völliger Isolierung Deutschlands jetzt ein freundlicheres Verhältnis zwischen den Nationen anzubahnen scheint, das ist die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung der Welt. Wir Gewerkschaften sind mit die ersten gewesen, die öffentlich ausgesprochen haben, daß die Deutschland auferlegten ungeheuren Reparationslasten unerträglich sind und in hohem Maße dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise in der Welt zu verschärfen. Die katastrophale Lage nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern hat den Jahresplan des Präsidenten der USA, entlassen lassen, dessen Durchführung aber nicht das Ende, sondern nur ein Anfang zu neuen Reparationsverhandlungen sein kann. Denn auch nach unserer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, daß Deutschland nach Ablauf des Jahres die Reparationen in alter Höhe wieder aufnehmen kann. Wollte man Deutschland etwa dazu zwingen, so wäre das der vorzusehenden Folgen wegen weder wirtschaftlich noch politisch zu verantworten. Darum müssen wir im Interesse der deutschen Arbeiterklasse eindringlich die Forderung erheben, daß während dieses Jahres ein Weg gesucht und gefunden wird, um endlich eine auf vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage beruhende Regelung der Reparationen herbeizuführen. Das ist notwendig nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern ist eine unumgängliche Voraussetzung für die Rettung aller Länder aus der wirtschaftlichen Weltkrise.

Die Diskussion

hat ein Bild vollster Einmütigkeit über die geleistete Arbeit des DGB, daran änderten selbst die Ausführungen zweier Opponenten nichts. Die Diskussionsredner besaßen sich kaum mit dem Bundesbericht, sie hielten öffentlich den Reichsministern Schiele, Stegerwald und dem Reichskanzler Brüning die von ihnen gemachten Sünden vor und zeigten die überaus katastrophalen Auswirkungen der Regierungspolitik auf. Tatsache wurde an Tatsache gerichtet und ein soziales und wirtschaftliches Elendsbild entrollt, das erschütternd wirkte. Der Raum reicht nicht aus, diese überaus wichtigen Einzelheiten wiederzugeben. Reipart konnte in seinem Schlusswort feststellen, daß der Verlauf der Debatte ein klares, eindeutiges Vertrauensvotum für den Bundesvorstand gewesen ist und allgemein setzte er hinzu:

Es ist ein Verdienst der Gewerkschaften, mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen, daß der Faschismus und der Kommunismus ihre verbrecherischen Ziele nicht erreicht haben, und wir werden weiter unsere ganze Kraft einsetzen, immer in treuer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei, daß diese Ziele immer unerfüllt bleiben. (Beifall.)

Warum wir nicht die „lechten Konsequenzen“ aus unseren guten und richtigen Entschliessungen ziehen: weil wir „Furcht vor der sozialen Revolution“ halten! Ich bin der Meinung: wir stehen in dieser sozialen Revolution seit Jahrzehnten mitten drin. (Beifall.) Wenn man allerdings darunter den Bürgerkrieg verstanden wissen will, so sage ich sicher im Einverständnis mit dem ganzen Kongreß, wir haben keine Freunde an diesem Kampf, ein Bürgerkrieg. Aber wir wollen den Klassenkampf der Arbeiterschaft führen, nicht des Kampfes wegen, sondern weil unsere große Aufgabe ist, auf dem Wege der Führung des Klassenkampfes, des geordneten Klassenkampfes, die Lage der Arbeiterschaft zu heben, und zu diesem Klassenkampfe rufe ich die ganze deutsche Arbeiterschaft auf, rufe ich auf zur Hilfe, damit dieser Klassenkampf nicht nur gut geführt, sondern auch erfolgreich zu Ende geführt wird. (Stürmischer Beifall.)

auch vollkommen verlas. Ein Selbsthilfe-Programm sollte das sein. Die Quelle wurde absichtlich verschwiegen. In dem Artikel wird über die marxistischen Gewerkschaften hergezogen. Das starke Larif- und Schlichtungsweises müsse beibehalten werden, dann höre auch die große Arbeitslosigkeit auf, und in ähnlicher Weise ging es in dem Artikel fort. Die Antwort darauf blieb ich nicht schuldig und konnte der Direktor aus der Haltung der gesamten Arbeiterschaft seines Werkes entnehmen, was von beiden Reden als richtig anerkannt worden ist.

Nach dieser interessanten Versammlung fuhr ich nach Hannover zurück. Auf meinem Arbeitstisch liegt ein Brief mit einer Zeitung. Es ist die Nr. 193 des Finenauer Nachrichtenblattes „Die Henne“, Amtsblatt für den Gerichtsbezirk Finenau vom 19. August. In dieser Zeitung ist der Artikel enthalten, den wörtlich der Direktor G. in G. in der Betriebsversammlung gelesen hatte. Er stammt von Dr. Paul Ruprecht als Beauftragten vom Schutzverband Deutscher Glasfabriken Dresden und ist betitelt „Selbsthilfe“. Dem Inhalt des Artikels ist folgendes Leitmotiv wörtlich vorangestellt:

„Die Erkenntnis, daß an der heutigen Wirtschaftskrise auch das Bestehen des starken Larif- und Schlichtungsweises erhebliche Schuld trägt, bricht sich auch in Arbeitnehmerskreisen immer stärker Bahn. So hat sich auf eine kürzlich von neutraler Seite veranfaßte Umfrage nach der Schuld an der Arbeitslosigkeit unter vielen anderen ähnlichen Zuschriften aus Arbeiterkreisen auch ein einfacher Schlosser aus Lübeck folgendermaßen geäußert:

„Wenn wir die Fesseln der Larifverträge des Schlichtungsweises abtreiben, dann wird das große Wunder von selbst eintreten, daß die Arbeitslosigkeit aufhört.“ Der nachstehende Artikel legt dar, daß es einer der wichtigsten Punkte des künftigen Selbsthilfeprogramms sein muß, diese Fesseln zu beseitigen, bzw. wenigstens zu mildern.

Die Geschäftsführung des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken.

Man sollte es faim für möglich halten, daß angesichts der industriellen Entwicklung, des starken Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozesses in den Industrien der einzelnen Länder es führende Personen in der Wirtschaft (dazu darf man doch wohl die Geschäftsführung des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken zählen?) gibt, die der Auffassung sind, daß die Fesseln der Larifverträge und des Schlichtungsweises nur beibehalten zu werden brauchen, und das große Wunder, das Aufheben der Arbeitslosigkeit, wird eintreten. Die Neuerung des einfachen Schlossers aus Lübeck kann man nicht tragisch nehmen, weil niemand weiß, wie sie zustande gekommen ist, und ob dieser Arbeiter am Schraubstock in der (Fortsetzung auf Seite 253)



Das Hirschberger Tal und seine Glasindustrie

Das Riesengebirge mit seinen großen Naturschätzen und Schönheiten ist ein besonders gesuchter Erholungsbezirk. Der Fremdenverkehr, der jährlich diese prächtige Gegend durchflutet, dürfte die Zahl von 500 000 Personen weit übersteigen. In dem am besten geeigneten Ort Oberschreiberhau, der 8000 Einwohner zählt, haben im Jahr 1930 über 55 000 Personen Nachtlogis gefunden, ohne die große Zahl der Reisenden, die Oberschreiberhau nur als Durchgangsstation besuchten und daher nicht mitgezählt wurden.

Die Verkehrsverhältnisse für das Riesengebirge sind sehr gut, denn aus allen Bezirken münden die großen Verkehrsadern in das Riesengebirge, und der Hauptverkehrspunkt Hirschberg gibt Anschluß nach fast allen Orten des gesamten Riesengebirges. Die elektrisch betriebenen Eisenbahnen werfen nicht mehr ungeheuren Rauch aus den Lokomotiven, sondern der elektrische Strom, mit dem die Bahnen verkehren, läßt die Luft in ihrer ganzen Frische und Reinheit bestehen. Große Autobusse stellen die Verbindung mit den Orten her, die nicht an der Bahn gelegen sind, so daß den Verkehrsverhältnissen, soweit es möglich ist, in jeder Weise entsprochen wurde.

Das Riesengebirge hat aber nicht allein einen großen Fremdenverkehr, sondern, was uns besonders interessiert, eine sehr bedeutende Glasindustrie, die durch ihre hervorragende Qualitätsarbeit einen Welt Ruf errungen hat.

In Oberschreiberhau, die alte Josephinenhütte, die seit dem 7. Juli 1842 sich im Besitz des Grafen Schaffgotsch befindet, im Petersdorf die Glashütte vormals Hedert und im gesamten Hirschberger Tal, in Bernsdorf, Warmbrunn und in einer großen Zahl kleinerer Orte Kristallglasfabriken, in denen bisher eine verhältnismäßig große Zahl Glasmacher, Schleifer, Graveure, Maler, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt wurden.

Diese Glashütten und Schleifereien sind seit 1923 in einer Gesellschaft vereinigt, um die gegenseitige Konkurrenz auszuhalten und den Einkauf der Rohstoffe einheitlich zu gestalten. In Hirschberg ist durch die Firma Einnes in der Nachkriegszeit ebenfalls eine Glasfabrik gegründet worden, in der die gleichen Artikel wie in den anderen Werken hergestellt werden.

In allen Glasbetrieben des gesamten Hirschberger Tales wurden in der Vorkriegszeit rund 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die als Qualitätsarbeiter bezeichnet werden können, und die das bekannte prächtige Kristall, Heberfang, oder sonstiges Kunstglas in allen Mäßen und Größen anfertigten. Das Glas der Josephinenhütte hatte einen Welt Ruf, und die Ergebnisse fanden in der Inflationszeit und einige Jahre später großen Absatz. Die Arbeiter glaubten an den großen Aufstieg der Glasindustrie, und jugendliche Arbeitskräfte wurden in nicht unbedeutender Zahl der Glasindustrie zugeführt.

Wer heute das Hirschberger Tal durchwandert, sieht die einst blühenden Produktionsstätten still stehen. Die Betriebe sind fast ohne Ausnahme seit längerer Zeit geschlossen. Die Josephinenhütte liegt bereits seit dem 18. Dezember 1930 still, und in den Schleifereien, die diesem Werk angegeschlossen sind, werden von den 400 Glaschleifern insgesamt noch 30 Glaschleifer einschließlich der Hilfsarbeiter beschäftigt. Die Glashütte in Petersdorf mit ihren beiden Öfen hat einen Ofen seit längerer Zeit stillgelegt, während der zweite Ofen noch unter Feuer steht; aber es wird nicht daran gearbeitet. Auch die Glaschleifereien sind fast ohne Ausnahme ganz stillgelegt. Nur in einigen Betrieben wird eine verhältnismäßig kleine Arbeiterzahl für 2 bis 3 Tage in der Woche beschäftigt. Die Glashütte in Hirschberg ist in den letzten Tagen gleichfalls stillgelegt, und auch die Glaschleifer dieses Betriebes sind fast ohne Ausnahme entlassen worden.

Die ungeheure Wirtschaftskrise hat das Hirschberger Tal in ganz schwerer Weise getroffen und die blühende Glasindustrie dieses Bezirks fast vollständig stillgelegt. In den Kontoren sitzen einige Beamte, die auf Aufträge warten. Die Straßen des Hirschberger Tales aber werden von der großen Zahl Arbeitsloser bewohnt, denen Not und Sorge ins Gesicht geschrieben sind. Die Arbeitslosen leben von der Erwerbslosen-Unterstützung, sofern sie nicht auf die geringe Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind. Ein bitteres Empfinden; der einst so fleißige Arbeiterstamm, dessen Qualitäts- und Kunstfertigkeit in allen Ländern der ganzen Welt Absatz fanden, ist von der Arbeit ausgeschlossen. Der wirtschaftliche Niedergang hat diese Arbeiterschaft zum Nichtstun verurteilt und damit auch der starken Gewerkschaftsbewegung bestimmte Grenzen gezogen. Nicht das erste Mal hat die Krise ihren Einzug gehalten. Auch in früheren Jahrzehnten gab es Jahre des Niederganges, die eine erhebliche Arbeitslosigkeit mit sich brachten; aber in dem gegenwärtigen Ausmaß hat der Niedergang noch niemals eingetreten, und noch zu keiner Zeit waren die Folgen des Niederganges so gewaltig stark wie gegenwärtig.

Wie ist eine Wende der Depression herbeizuführen, oder wann ist sie zu erwarten? Diese bange Frage beschäftigt die Öffentlichkeit und die große Zahl der Arbeitslosen, die von der Wirtschaftskrise erfaßt sind. Unsere Auffassung wollen wir in knappen Umrissen in folgende Form kleiden:

Der Niedergang der Glasindustrie im Hirschberger Tal ist eine Folge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges und wird erst zum Abschluß kommen, wenn ein allgemeiner Aufstieg zu erwarten ist. So lange die Wirtschaftskrise in der Welt andauert, wird auch die Arbeitslosigkeit in diesem Bezirk anhalten.

Für die Glasindustrie des Hirschberger Tales liegen die Dinge aber noch trostloser als in anderen Bezirken. Die Glasindustrie braucht zur Fabrikation Rohstoffe, wie Kohle, Sand, Soda und andere Waren, die der Glasindustrie des Riesengebirges nur mit hohen Aufwänden zugeführt werden können. Wer den Bezirk kennt, weiß, daß die Glasfabriken in Petersdorf wie die Josephinenhütte in Oberschreiberhau als Produktionsstätten sehr ungenau sind. Alle Rohstoffe müssen aus verhältnismäßig weiter Entfernung herbeigeführt werden, und die Fertigfabrikate müssen ebenfalls unter den gleichen Umständen abtransportiert werden. Wer da weiß, daß die Josephinenhütte noch nicht einmal Gleisanschluß hat, so daß die Rohstoffe, später die Fertigwaren zur und von der Glashütte mit Fuhrwerk transportiert werden müssen, so daß die Transportkosten sehr stark auf die Produktionskosten wirken müssen. Wer wird auch die großen Schwierigkeiten für die Industrie dieses Bezirks erkennen. Daran wird auch nichts geändert, daß die Josephinenhütte ein alter Betrieb ist und 90 Jahre seine Existenz gefunden hat und weiter finden wird. Dieser Betrieb war bisher mehr auf Holzfeuerung eingerichtet, und auch heute lagern auf dem Fabrikgelände rund 20 000 cbm Holz zur Feuerung des Glasofens. Alles gilt aber nur als Notbehelf, denn das Holz ist nun einmal nicht unerheblich teurer als die Kohle, und deshalb wurden ja auch die Glasöfen im Hirschberger Tal auf Kohlenfeuerung umgestellt.

Die modernen Glasfabriken in der Lausitz haben fast ohne Ausnahme Gleisanschluß und nicht selten ihre eigenen

Kohlenruben, aus denen sie die Kohle mit eigenen Güterwagen aus der Grube bis zum Generator heranbringen und damit die großen Transportkosten für Kohle nicht aufzuwenden brauchen. Nicht anders steht es mit dem Transport der Fertigwaren. Die großen Güterwagen werden in die Lagerhallen der Glasfabrik geschoben, dort mit Waren gefüllt und den Lohnemern auf einem kürzeren Transportweg zugeführt, als dies die Betriebe des Hirschberger Tales können.

Die Glasarbeiter des Riesengebirges wenden ein, daß in diesem Bezirk Glas von außerordentlich hoher Qualität hergestellt wird. Das war bisher richtig; aber auch die Glashütten der Lausitz, besonders aber die rheinischen Glas-

hütten haben sich seit fast einem Jahrzehnt auf die gleichen Luxusartikel umgestellt, daß sie sich schließlich auch in der Qualität mit dem Glas der Glashütten des Riesengebirges messen können.

Es darf nicht vergessen werden, daß die großen Glashütten die Rationalisierung in hohem Umfange durchgeführt haben, und dabei zu Produktionsergebnissen kamen, mit denen sich die teilweise veralteten Betriebe des Hirschberger Tales nicht messen können.

Es ist für die Glasarbeiter des Riesengebirges gewiß nicht erfreulich, daß wir diese Tatsachen schildern müssen und die Zukunft der Arbeiter grau in grau darzulegen haben. Es wäre auch für uns weit angenehmer, wenn wir die Zukunft der gesamten Glasindustrie in den rosigsten Farben schildern könnten. Leider sind die Verhältnisse härter als wir, und es ist leicht, Versprechungen zu machen und Hoffnungen zu erwecken, die später nicht eingelöst werden können.

Hoffen wir, daß uns die Zukunft geeint und stark genug findet, um uns die Wirtschaft so zu gestalten, daß die gesamte Arbeiterschaft und besonders die der Glasindustrie vor einer zweiten Katastrophe bewahrt bleibt. G. r. b. g.

Lohnabbau oder Betriebsstilllegung

bei der Firma W. Lindberg & Co., Glashüttenwerk Gifhorn

Wie immer, wenn es gilt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, darf die Firma Lindberg & Co. nicht abseits stehen. Die Betriebsleitung ist der Meinung, daß die jetzige Zeit die bestgeeignete ist, um die Löhne nach eigenem Ermessen festsetzen zu können.

Das am 14. März d. J. gezeichnete Lohnabkommen wurde freitags zum 31. August angekündigt, mit dem Bemerkten, daß ab 1. September eine Lohnkürzung für die Akkordarbeiter von fünfzehn und für die Zeittätler um zehn Prozent erfolgen müsse. Im Verhandlungen zu ersparen verlangte die Betriebsleitung die sofortige Zustimmung zu ihrem Antrage in voller Höhe von der Branchengauverwaltung. Daß dieses Ansuchen von der Organisation abgelehnt werden mußte, zumal die Löhne in Gifhorn an letzter Stelle stehen, dürfte jedem Unbefangenen einleuchten.

Um den Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen, stellte die Betriebsleitung den Antrag auf Betriebsstilllegung und kündigte das Arbeitsverhältnis bis zum 30. August für die gesamte Belegschaft auf, obwohl sie ernstlich nicht daran dachte den Betrieb vollständig stillzulegen.

Die Betriebsleitung ist, was das Forderung von der Belegschaft anbelangt groß, aber desto kleiner in ihrer Pflichterfüllung dem Arbeiter gegenüber. Bereits sechs Wochen belassen die Kollegen nur geringfügige Abschlagszahlungen in der Höhe von zwölf bis vierundzwanzig Reichsmark.

Unverheiratete Kollegen, die 15 RM Logisgeld zahlen mußten, konnten ihrer Verpflichtung nicht nachkommen. Anfanglich fand es die Betriebsleitung noch für notwendig, dem Betriebsrat vor der Lohnauszahlung davon in Kenntnis zu setzen, daß nur eine Teilzahlung erfolgen könne in Anbetracht der schlechten Eingänge von Geldern, was aber nachträglich verweigert, weil man annahm, die Kollegen hätten sich schon an die Teilzahlung gewöhnt.

Da die Kollegen befürchteten umsonst zu arbeiten, stellten sie am 21. August die Arbeit ein. Nun war nicht allein, wie es sprichwörtlich heißt: „Holland in Not, sondern auch Herr Direktor Holländer, der noch vor einigen Tagen vor der Arbeitseinstellung an die Branchengauverwaltung in Düsseldorf schrieb: „Es scheint, daß Sie in Gifhorn ein zweites Weidrecht konstruieren wollen. Das ist für Sie leicht genug, handelt es sich doch nicht darum, daß Sie arbeitslos werden könnten, sondern andere, was Ihnen aber völlig gleich zu sein scheint.“



Löpfereiberufsgenossenschafts-Bericht 1930

Der Bericht der Löpfereiberufsgenossenschaft für 1930 ergibt einen weiteren Rückgang der Betriebe von 1409 im Vorjahr auf 1391 im Jahre 1930 und der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 121 744 auf 107 531. Die Betriebe sind demnach um 1,3 Proz., die Beschäftigtenzahl dagegen um 11,7 Proz. zurückgegangen. Die Beschäftigtenzahlen sind, soweit weit vorzellan in Frage kommt, von 64 036 auf 54 170 = 15,4 Proz., bei Steingut von 15 084 auf 13 093 = 13,2 Proz. zurückgegangen. Vorzellanbetriebe waren am 1. Januar 1930 273, am 31. Dezember 1930 264 vorhanden. Die Steingutbetriebe sind in der gleichen Zeit von 63 auf 67 gestiegen. Neben man zu den Porzellan- und Steingutbetrieben die Porzellanmalereien, Zahnfabriken, Majolikafabriken und Terrakottabetriebe hinzu, so weist der Bericht am Jahresabschluß 1930 insgesamt 423 Betriebe auf, die der Feinkeramischen Industrie angehören.

In allen Betrieben ergingen 1930 5627 Unfälle und Berufskrankungen (7143 im Vorjahr) zur Anmeldung. Das sind 21,2 Proz. Anmeldungen weniger als im Jahre 1929. Der Rückgang verteilt sich fast gleichmäßig auf alle Arten von Unfällen und Berufskrankheiten und dürfte aus der verminderten Beschäftigungsmöglichkeit zu erklären sein. Im einzelnen verteilen sich die Anmeldungen folgendermaßen: 147 (168) Verletzungen, 443 (554) Staublungerkrankungen, 13 (20) andere nicht entschädigungspflichtige Erkrankungen, 425 (594) Berufsunfälle und 4599 (5307) eigentliche Betriebsunfälle. Zur Entschädigung ergingen 21 (15) Verletzungen, 275 (22) Staublungerkrankungen, 47 (65) Berufsunfälle und 311 (316) eigentliche Betriebsunfälle, zusammen 654 (424) Fälle. Die starke Zunahme der entschädigten Fälle ist auf mittelwellige zur Abwicklung und Entschädigung gekommene Anträge wegen Staublungerkrankung zurückzuführen. 3 (7) Berufsunfälle und 14 (14) eigentliche Betriebsunfälle verliefen tödlich. Auf je 1000 Versicherte entfielen:

	gemeldet	erstm. entschäd.	tödlich
Verletzungen	1,38 (1,35)	0,195 (0,148)	—
Staublungerkrank.	4,15 (4,56)	2,55 (0,181)	—
Berufsunfälle	3,95 (4,87)	0,44 (0,56)	0,03 (0,057)
eigentl. Betriebsunf.	42,3 (47,2)	2,53 (2,6)	0,13 (0,116)
Zusammen	52,3 (58,0)	6,1 (3,4)	0,16 (0,17)

Neben der Ursache der Unfälle, die in 217 (339) Fällen durch die Beamten der Löpfereiberufsgenossenschaft untersucht worden sind, bemerkt der Bericht, daß in 25 Fällen die Geschäftlichkeit des Betriebes oder der Tätigkeit, in 30 Fällen mangelhafte Einrichtung oder ungenügende Betriebsregelung und in 83 Fällen die Pflicht der Verletzten oder ihrer Mitarbeiter zu den Unfällen geführt habe. Die Bemerkung, daß in 23 Fällen die Ursache nicht ermittelt werden konnte, muß für die Betriebsräte Ansporn sein, sofort nach dem Bekanntwerden eines Unfalles die notwendigen Feststellungen zu machen und protokolllarisch festzuhalten. In 83 Beispielen aus der Praxis wird der Nachweis zu erbringen versucht, daß sehr oft mangelnde Vorsicht, Gleichgültigkeit, Nichtanbringung der Schutzvorrichtungen u. a. m. Unfälle nach sich gezogen haben. Bedauerlicherweise kann nicht bestritten werden, daß es Ar-

beiter gibt, die aus Nachlässigkeit und Bequemlichkeit die Unfallverhütungsvorschriften unbeachtet lassen. Weit größer ist aber die Zahl derjenigen, die durch das heut übliche Arbeits-tempo und die gedrückten Löhne gezwungen sind, um für sich und ihre Familien den notwendigen Unterhalt herbeizuschaffen, nicht rechts und links zu schauen und aus sich herauszuholen, was möglich ist. Die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes spielt dabei keine untergeordnete Rolle. Solches Verhalten soll trotz der vorgenannten Gründe nicht entschuldigt werden, aber es ist menschlich nur zu begreiflich.

In 224 (198) Reisefällen wurden durch die technischen Beamten der Berufsgenossenschaft 857 (928) Betriebe, darunter 18 dieser Betriebe zweimal, besichtigt. Zugleich sind die Unternehmer und Versicherer über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften beraten worden. 445 (418) von 839 (828) Betrieben wurden ohne Mängel befunden. Die häufigsten Mängel betrafen Sicherung der Riemens, Wellen, Räder, Bekleidung der Laufbahnen von Transporteinrichtungen und Sicherung der Walzwerke. In Wäldern werden einige zweckmäßige Schutzeinrichtungen in Mühlenabteilungen festgehalten. Ferner wurde festgestellt, daß neue Maschinen ohne Schutzeinrichtungen geliefert worden waren und diese Mängel abgestellt wurden. In 60 Fällen waren die Mittel für erste Hilfe mangelhaft, in 19 Fällen fehlte die Anleitung.

Mit den staatlichen Gewerbeaufsichtsdirektoren wurden 152 (157) Betriebe auf Anregung der Berufsgenossenschaft gemeinsam besichtigt. In 399 (357) Betrieben fanden Lohnlistenprüfungen statt. Der Direktor der Berufsgenossenschaft hat mit Vertretern des Reichsversicherungsamtes 5 Porzellanbetriebe besichtigt. Zweck des gemeinsamen Besuchs war, den Vertretern des R.V.A. Gelegenheit zu geben, in die Betriebsverhältnisse Einblick zu nehmen, damit sie dann bei der Rechtsprechung in Staublungerkrankungen aus eigener Anschauung urteilen können. Wir vermischen die Zuziehung von Vertretern der Versicherer bei diesen Besichtigungen. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob man wenigstens die gesetzliche Arbeitervertretung zugezogen hat. Die Berufsgenossenschaften sind Anstalten, in welchen die Arbeitnehmer trotz vielfacher Bemühungen den geringsten Einfluß im Vergleich mit anderen sozialen Einrichtungen besitzen. Ohne Zweifel wäre das Vertrauen zur Rechtsprechung in Staublungerkrankungen außerordentlich gestärkt worden, wenn zu diesen gemeinsamen Besichtigungen Versicherervertreter zugegen gewesen und gehört worden wären.

Die Gelegenheit soll nicht veräußert werden, die Betriebs- bzw. Gruppenräte erneut daran zu erinnern, daß es eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist, nach § 66 Abs. 8 auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsverhältnisse zu achten und die Gewerbeaufsichtsbeamten und sonstige in Betracht kommende Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen. Alle Behörden sollten es allerdings auch als ihre Pflicht erachten, diese Anregung und Unterstützung zu suchen.

Im folgenden bringen wir eine Gegenüberstellung der seit 1925 in der Porzellan- und Steingutindustrie beschäftig-

ten Personen und der in diesen Jahren gezahlten Lohnsummen:

Durchschnittlich beschäft. Personen	Jahreslohn- summe Markt	Porzellan.		
		Durchschnitts- lohn pro Jahr Markt	Durchschnitts- lohn pro Woche Markt	
1925	60 335	80 305 494	1330,92	25,60
1926	61 049	70 245 368	1150,63	22,12
1927	68 266	86 781 688	1270,40	24,43
1928	67 992	97 145 388	1429,62	27,40
1929	64 086	87 391 498	1365,72	26,24
1930	54 170	76 868 657	1418,93	27,20

Durchschnittlich beschäft. Personen	Jahreslohn- summe Markt	Steingut.		
		Durchschnitts- lohn pro Jahr Markt	Durchschnitts- lohn pro Woche Markt	
1925	14 791	22 602 972	1527,48	29,37
1926	14 854	21 175 747	1425,59	27,41
1927	16 235	25 284 993	1557,48	29,94
1928	15 853	26 857 477	1694,16	32,58
1929	15 084	25 347 017	1680,59	32,31
1930	13 093	22 155 32	1691,98	32,54

Obwohl im Jahre 1930 keine tarifliche Lohnsteigerung zu verzeichnen war, ist eine, wenn auch geringfügige Steigerung der Jahres- bzw. Wochendurchschnittsgehälter in beiden Zweigen der Industrie zu verzeichnen. Daraus ist die Verbindung mit dem erheblichen Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu schließen, daß sich die Firmen in erster Linie ungelernter Arbeitskräfte entledigt haben. Daß auch ältere Facharbeitskräfte jugendlichen und weiblichen Platz machen mußten, ergibt sich aus der prozentual stärker gemehrten Zahl der Vollarbeiter. Ein Vergleich der Beschäftigtenzahlen und Jahreslohnsummen der letzten Jahre erhärtet die Feststellung einer festgesetzten Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeit in der keramischen Industrie. Noch nie seit der Inflation haben die Beschäftigtenzahlen einen solchen Tiefstand aufgewiesen. Diese Verschlechterung war im vergangenen Jahr nicht lediglich auf Verminderung des Absatzes im In- und Ausland zurückzuführen. Ein erheblicher Teil der Entlassenen kommt zweifellos auf Konto der Rationalisierung und technischen Verbesserung der Betriebe. Die Produktionsmöglichkeit ist erweitert worden; es kann mit verringerter Belegschaftszahl mehr hergestellt werden. Die Absatzmärkte dagegen sind schmaler geworden und wird durch die selbstmörderische Lohnpolitik der Unternehmer immer schmaler und schmaler. Die gesteigerten Leistungen der im Betrieb Verbliebenen, das dadurch hervorgerufene Gehirne, vermehren die Unfallgefahr und die Gefahr der Berufserkrankungen. Die Arbeiterschaft vertritt

darum die wahren Interessen aller, wenn sie ausreichende Löhne bei normaler Arbeitsleistung fordert. Daraus ergibt sich erhöhte Kaufkraft, Arbeit für die Arbeitslosen und auch verminderte Unfallgefahr.

Leipziger Herbstmesse

Die Leipziger Herbstmesse bot ein Bild wie immer; nur die Massen waren etwas spärlicher vertreten wie sonst. Ausstellungsräume, Aufmachung der Messestände und Messtafel wie in besten Zeiten. Auch bei der Porzellanindustrie. Viele geschmackvolle Neuheiten auf allen Gebieten. Porzellangefäße und Porzellanziergegenstände. In den Ständen der Porzellan-, Steingut-, Glas-, Nhrn-, Gold- und Silberwaren-Industrie herrschte bedenkliche Stille. Regler Verkehr war auf der Regelmesse zu beobachten.

Recht zeigt sich, daß der Lohn- und Gehaltsabbau der Kaufkraft eine rückläufige Bewegung gibt. Das ist kein Wunder. Die große Masse des Volkes kann heute kaum Brot und Kartoffeln kaufen; viel weniger Porzellan oder andere immer noch leichter entbehrliche Dinge.

Manche Firmen haben ganz gut verkauft, aber sehr billig. Es sei uns gestattet, darauf hinzuweisen, daß wir beobachtet haben, wie sich die Firmen untereinander starke Konkurrenz machten. Unserer Meinung nach unnötigerweise. Eine Firma bot einem französischen Käufer ein Kaffeeervice an zu 3,75 RM. Sofort bot eine andere Firma ein gleiches Service zu 3,50 RM an. Darauf aim die erste Firma auf 3,25 RM zurück. Und nun kommt das Tragische — oder soll man es schuldig nennen — die zweite Firma schickte eine Schweizer Fabrik vor und ließ eine Diktate von jage und schreibe 3 RM machen und bekam den Auftrag.

Sollen jetzt in dem betreffenden Betrieb die Arbeiter etwa auch über „Stüchpreisregulierung“ mit sich reden lassen? Sollen die Arbeiter solches Spiel mitmachen und unterstützen? Wenn die Arbeitgeber nicht aufhören, sich gegenseitig in dieser Art zu bekämpfen, wird es noch lange dauern, ehe auf dem Preismarkt vernünftige Zustände herrschen. Auf Kosten des Lohnes, den die Arbeiterschaft heute noch erhält, wird sehr wenig zu machen sein. Und wenn es etwa immer noch versucht würde, wird sich die betreffende Arbeiterschaft zur Wehr setzen müssen und mit einem derartigen Fall an die Öffentlichkeit gehen. Hoffentlich ist dann auch noch die Entzückung maßgebender Kreise vorhanden, wie wir es jetzt in Leipzig zu unserer Genugtuung beobachten konnten.

Daß in früheren Jahren die Arbeiter nach Rußland, Dänemark und Schweden gereist seien. Dies hätten sie nicht aus Luxus, sondern nur aus Not getan.

Man hätte früher auch nicht warten können, bis der Staat oder die Gemeinde den Arbeitern Arbeit gegeben hätte. Früher hätte es auch gehen, hilf dir selber. Nachdem keine Eltern-Firma in Konkurs geraten sei, wäre in ihm der Gedanke gereift, aus den Trümmern etwas Geordnetes zu schaffen und somit für die Arbeiter Arbeit und Brot zu schaffen. Die Wiederherstellung einer freien Marktwirtschaft sowohl für die Waren wie auch für die Arbeiterschaft sei notwendig. Die deutsche Wirtschaft müsse sich ihrer Kesseln entledigen. Bin ich mit meinen Arbeitern über Lohn und Arbeit einig, so hat kein Dritter mehr dreinzureden. Solange wie der Staat oder irgendeine Vereinigung sich in unser Wirtschaftsleben mischt, kann unmöglich die Wirtschaft wieder in Gang kommen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehören zusammen. Mit einem gesunden Stamm Arbeiter mit einem gesunden Menschenverstand habe ich auf dieser neuen Basis zu arbeiten angefangen, trotzdem ich die Arbeiter auf die Schwierigkeiten aufmerksam machte. Am 28. Mai sei die Arbeit aufgenommen, und da jeder seine volle Kraft zur Verfügung gestellt habe, sei ein gutes Arbeitsergebnis erzielt worden. Das Verkaufssyndikat Solingen habe zunächst eine Einigung über den Verkaufspreis der Steine mit seiner Firma erzielen wollen. Aber nach Durchsicht der Verträge sei das Annehmen des Syndikats abgelehnt worden. Das Syndikat habe darauf den Steinpreis von 48 RM pro Tausend ab Ofen auf 28 RM heruntersetzt. Nachdem dieser Schlag selbstgegangen sei, hätte man versucht, über die Gewerkschaften den Betrieb zu stören, aber die Arbeiter hätten sich durch nichts beeinflussen lassen. Heute müsse das Syndikat den niedrigen Preis halten, den es selbst festgelegt habe, sie hätten vom 28. Mai bis 14. August über 4 Millionen Steine fabriziert, davon 3 Millionen verkauft und eine Million stehe auf Lager. Da alle Maschinen nicht genutzt hätten, sei auch noch versucht worden, bei dem Solinger Spar- und Wandverein mit der Verdächtigung zu arbeiten, es würde auf dem Betriebe nicht der Tariflohn gezahlt.

Wir haben aus dem Schreiben des Herrn Philipp Limberg, Blachberger Dampfziegelei, Solingen-Noch, sinngemäß das Wesentliche wiedergegeben. Wenn wir das tun, so nur deshalb, weil Herr Limberg heute über gewerkschaftliche Fragen ganz anders denkt, wie vor 25 und 30 Jahren. Den älteren lippschen Ziegler ist Limberg kein Unbekannter. Versteht man sich in Limbergs Zeitungswelt, seine Reden auf Konferenzen und in Zieglerversammlungen von 25 Jahren, so atmen diese einen ganz anderen Geist, als wir es ihn heute in seinem Artikel zum Ausdruck bringt. Es ist aller Ehren wert, wenn Herr Limberg aus dem Trümmersfeld des Konkurses seiner Ziegler-Firma etwas Neues zu schaffen gewillt ist. Ob aber bei ihm nicht der gute Wille von den Verhältnissen überholt wird, ist eine Frage, die zur Zeit noch nicht entschieden ist. Wir haben zu diesem Vorgehen auf seinem Betriebe bis jetzt noch keine Stellung genommen, trotzdem uns das eigenartige Verhältnis schon seit dem Frühjahr bekannt war. Wir würden auch jetzt nichts dazu geschrieben haben, und eine weitere abwartende Stellung eingenommen haben, wenn Herr Limberg in seinem Artikel nicht Nebenwendingen gebraucht hätte, die vom Standpunkt der Gewerkschaften und vom Allgemeinstandpunkt der Zieglererschaft nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Was will Herr Limberg damit sagen, wenn er schreibt, früher hätte man auch nicht stempeln oder zur Wohlfahrt gehen können, da hätte sich auch ein jeder Arbeit gesucht. Ja, mein lieber Herr Limberg, ich hätte Sie nicht so weitgehend, um nicht zu wissen, daß Millionen Arbeiter gern arbeiten wollen, aber trotz allen Sündens keine Arbeit finden können und daher gezwungen sind, entweder stempeln oder zur Wohlfahrt gehen zu müssen.

Oder was soll es heißen, wenn Sie schreiben, die gesunden Kräfte der Wirtschaft müssen sich ihrer Fesseln entledigen und zur freien Entfaltung gebracht werden. Erinnerung das nicht sehr stark an die Forderungen der deutschen Unternehmer, die das Schlichtungswesen, Sozialversicherung und andere soziale Einrichtungen, die sich die Arbeiterschaft in jahrzehntelangem Kampfe erzwungen hat, in Grund und Boden verdammten, und auch immer reden von der freien Entfaltung der freien Kräfte in der Wirtschaft. Dabei zeigt die heutige Wirtschaftslage, wohin die planlose freie Wirtschaftsführung uns geführt hat. Früher, als Sie noch mit Feuer und Flamme christlicher Gewerkschaftler waren, haben Sie eine andere Sprache geredet.

Oder wie sind die Worte zu deuten, wenn Sie schreiben: Bin ich mit meinen Arbeitern über Lohn und Arbeit einig, so hat kein Dritter mehr dreinzureden, denn solange der Staat oder irgendeine Vereinigung sich in unser Wirtschaftsleben mischt, kann unmöglich die Wirtschaft in Gang kommen.

Sind das nicht dieselben Argumente, die Tag für Tag die Industriellen in die Welt hinausposaunen und nur für sich allein wirtschaftliche Erkenntnisse in Anspruch nehmen. Wird man beim Lesen derartiger Sätze nicht daran erinnert, als habe man es mit einem Gegner der Gewerkschaften zu tun, besonders, wenn man sich daran erinnert, daß der Schreiber früher, als er noch kein Unternehmer war, in den vordersten Reihen der christlichen Gewerkschaft kämpfte.

Wenn durch Ihr Vorgehen das Syndikat den Steinpreis von 48 RM pro Tausend auf 28 RM herabgesetzt hat, so wollen wir nicht untersuchen, ob für 28 RM das Tausend Steine unter Einrechnung aller Unkosten und der gegenwärtigen Bankzinsen zu liefern sind. Ist dies möglich, dann war der Steinpreis von 48 RM pro Tausend viel zu hoch; ob aber der herabgesetzte Preis auf die Dauer zu halten sein wird, ist eine Frage, die noch offen steht.

Wenn selbst angegeben wird, daß für die noch nicht gezahlten Löhne den Arbeitern die auf Stapel stehenden Steine als Sicherheit dienen, so bietet dies aber noch immer keine Gewähr, ob auch wirklich die Arbeiter reiflos zu ihrem Gelde kommen, oder ob trotzdem nicht bei allem guten Willen die Verhältnisse nicht stärker sind und zu guter Letzt die Arbeiterschaft doch noch die Leidtragenden sind. Selbst wenn eine Uebereignung der Steine stattgefunden hat, so ist noch immer die Frage zu prüfen, ob der Uebereignungsvertrag auch so abgefaßt ist, daß er allen gesetzlichen Ansprüchen genügt. Wir haben im Laufe der Zeit in ungefähr gleich gelagerten Fällen Uebereignungsverträge zu Gesicht bekommen, die nach Ansicht der Kollegen und auch der Firmeneitung den gesetzlichen Bestimmungen gerecht würden, und doch waren wesentliche gesetzliche Bestimmungen nicht berücksichtigt. Noch eine andere Frage ist wesentlich. Die Arbeiterschaft erhielt laut Vereinbarung nur 20 RM die Woche ausgezahlt, während der restliche Verdienst der Arbeiterschaft der Firma zur Stärkung der Betriebsmittel zur Verfügung blieb. In diesem Falle ist es sehr zweifelhaft, ob bei einem Konkursverfahren die Gut haben der Arbeiterschaft als bevorrechtigte Lohnforderung anerkannt werden oder ob nicht diese Gut haben auf Grund des eigenartigen Akkordverhältnisses als Darlehn an die Firma bewertet wird, und somit nicht als bevorrechtigte Forderung anerkannt wird.

Wir sind weit davon entfernt, Herrn Limberg auch nur in Gedanken zu unterziehen, daß er nicht den rechtlichen Willen hat, seinen Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft gerecht zu werden; aber wer bürgt dafür, daß nicht die Verhältnisse stärker sind, als der gute Wille des Herrn Limberg. Jedenfalls wünschen wir, daß die Arbeiterschaft nicht die Leidtragenden sind; nur aus dieser Sorge heraus haben wir zu diesen Fragen Stellung genommen und unsere warnende Stimme erhoben. Konrad Potthast, Detmold.



Täuschung der Öffentlichkeit

In den Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften kehrt seit mit Regelmäßigkeit die Klage über die hohen Löhne, hohen sozialen Lasten und Steuern wieder. Die deutschen Unternehmer klagen, wenn die Geschäfte gut gehen, und sie hohe Dividenden ausschütten sowie große Reserven zurücklegen können, sie klagen, wenn schlechte wirtschaftliche Zeiten sind und das Geschäft nicht gut geht. Bei guten Zeiten hätte das Geschäft noch besser sein können, würde aber beeinträchtigt durch die „hohen“ Löhne und sozialen Lasten. Bei schlechten Zeiten sind es wiederum die „hohen“ Löhne und sozialen Lasten, die schuld an dem schlechten Geschäft haben. Kurz und gut, die bösen Arbeiter, die ebenfalls Ansprüche an das Leben, wenn auch im bescheidensten Ausmaß stellen, sind eben allem schuld, auch an der nicht höheren und an der zu geringen Dividende. Nicht man diese Klagen, so könnte man versucht sein zu glauben, daß die Arbeiterschaft das schädlichste, die Generaldirektoren, Aktionäre usw. das nützlichste Element unserer Volkswirtschaft seien (siehe der Fall Nordwolle).

Wenn nun gefragt wird, daß die hohen Löhne an Niedergang der Wirtschaft schuld seien, so glaubt das die Öffentlichkeit, denn im Geschäftsbericht einer großen Gesellschaft oder eines großen Konzerns kann ja nichts stehen, was unzutreffend wäre. Wenn der Materie allerdings wissen, daß die in den Fachblättern der Unternehmer verschiedenen Geschäftsberichte extra für die Öffentlichkeit zurechtgerichtet sind. In den Zahlen, wie sie öffentlich erscheinen, liegt manches Geheimnis verborgen, wovon der Laie keine Ahnung hat. Mancher würde wahrscheinlich die Dinge etwas kritischer betrachten und die Leiter der großen Gesellschaften nicht mehr als die „überragenden Wirtschaftsführer“ betrachten, als die sie ihre Fachpresse und die Unternehmerratschamacherblätter hinzustellen versuchen.

Daß aber in einem Geschäftsbericht Dinge stehen, die man schon bei oberflächlicher Durchsicht als falsch erkennen müßte, dürfte wohl den Gipfel der Täuschung, um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, darstellen.

In Nr. 52 der Unternehmerratschamacherzeitung „Industriezeitung“ vom 29. Juni 1931 ist der Geschäftsbericht der Firma Steintener Chamottefabrik Aktiengesellschaft vormalig Didier, Berlin.

für das Geschäftsjahr 1930 veröffentlicht. In diesem Bericht wird nun die Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage behandelt und ausgeführt, daß auch die Werke der Gesellschaft in steigendem Maße davon in Mitleidenchaft gezogen sind. Das habe die Gesellschaft zu größeren Betriebsänderungen gezwungen. Nur vorübergehend sei eine Einschränkung eingetreten durch Herabsetzung größerer Auslandsaufträge.

Und nun kommt die „schönste“ Stelle des Berichts: Es wird so geschrieben:

„Durch organisatorische Maßnahmen wurden zwar weitere Ertragsmisse erzielt, sie wurden aber zum größten Teil durch Lohnerhöhungen und durch die Steigerung der steuerlichen und sozialen Lasten wieder aufgehoben.“ (Die Steigerung ist von uns vorgenommen worden.)

Diese Stelle des Geschäftsberichts ist so schön, als nicht etwas näher beleuchtet werden könnte. Wir möchten die Verwaltung des Direktors hiermit einmal öffentlich fragen, in welchem ihrer Werke im Jahre 1930 eine Lohnerhöhung eingetreten ist. Daß Gegenstand ist über der Fall. In den ganzen Werken des Direktors ist im Jahre 1930 keine einzige Stundenlohn-erhöhung eingetreten. Was die „sozialen“ Lasten ist uns in verschiedenen Fällen berichtet worden, daß nun eine Erhöhung, sondern eine Senkung eingetreten ist.

Wir können uns die Dinge nur so erklären: Entweder hat man für die Zusammenfassung des Geschäftsberichts bereits gedruckte Formulare, bei denen nur die Zahlen einzusetzen sind, benutzt, oder der Verfasser hat bei der Abfassung seines Berichts einen solchen aus früheren Jahren als Vorlage benutzt. Wahrscheinlich sind er die obige Stelle so schön, als daß sie der Nachwelt vorzulegen sollte. Auf jeden Fall stellt das eine solche Verschönnerung eine ziemlich grobe Täuschung der Öffentlichkeit dar. Ob bewußt oder unbewußt, tut nichts zur Sache.

Soweit zur Lohnfrage. Was die sozialen Lasten angeht, so können wir nicht nachprüfen, ob eine Erhöhung eingetreten ist, weil meistens die Unkosten in den für die Öffentlichkeit zurechtgerichtet Berichten nur in Worten und Sätzen angegeben werden, so daß man nicht an Hand der

einzelnen Posten, ungerundet auf den einzelnen Kopf der Belegschaft, nachprüfen kann, was richtig und was falsch ist. Wir können uns aber denken, daß wohl für den einzelnen Kopf der Belegschaft die sozialen Lasten gestiegen, der Gesamtbetrag aber bei Einschränkung der Betriebe, Verminderung der Belegschaftstärke nicht nur infolge der Wirtschaftslage, sondern in der Hauptsache infolge neuer technischer Einrichtungen (Rationalisierung) usw. fallen kann. Daß auch beim Wiedereintritt in dieser Beziehung gearbeitet worden ist, sagt eine andere Stelle des Geschäftsberichts. Es heißt da:

„Im Verein mit der Scheidehammer-Grünig- & Co. und der Stillaverz- & Co. vormalig Willisch & Co., sind weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, die ihren äußeren Ausdruck in dem Abschluß von Interessengemeinschaftsverträgen gefunden haben.“

Einige Werke sind infolge des Zusammenflusses stillgelegt worden, die Produktion wurde anderen Werken übertragen. Eine ganze Anzahl Arbeiter ist entlassen worden. Die Arbeitskraft der noch in Beschäftigung stehenden Arbeiterschaft wird bis aufs äußerste ausgenutzt.

Daß der Direktoren heute in der feuerfesten Industrie eine gewaltige Rolle spielt, hat er nicht zuletzt der in seinen Werken beschäftigten tüchtigen Arbeiterschaft zu verdanken. Es zeugt gerade nicht von großer Arbeiterfreundlichkeit, deren sich die Leitung des Direktors oft rühmt, wenn man die hohen Löhne immer heranzieht, die schuld sein sollen, daß das geschäftliche Ergebnis nicht so ist, wie es vielleicht von einigen Aktionären erwartet sein sollte. Die Leitung des Konzerns könnte einmal in eine Prüfung darüber eintreten, ob nicht die hohen Bezüge der leitenden Personen und der Aufsichtsratsmitglieder eine gehörige Kürzung erfahren könnten. Wahrscheinlich würde man da erhebliche Summen sparen können. Die Löhne der feuerfesten Arbeiter langen kaum zu, um das nackte Leben zu fristen.

Es wirkt deshalb geradezu als eine Verhöhnung der Not der Arbeiterschaft, wenn immer und immer wieder behauptet wird, die hohen Löhne seien an der schlechten Wirtschaftslage unserer Industrie schuld. Die Arbeiterschaft der feuerfesten Industrie möge aber einmal nachdenken, ob sie sich nicht durch einen noch festeren Zusammenschluß im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, etwas mehr Achtung und Macht verschaffen kann für die Zukunft, damit ihr nicht immer die Schuld an den schlechten Geschäftsergebnissen aufgebürdet werden kann.

Eigenartige Akkordverhältnisse

Vor einiger Zeit konnte man in der „Lippischen Landeszeitung“ über ein Akkordverhältnis auf einer Ziegelei in Foch bei Solingen lesen. Der Vorgang ist kurz folgender:

Da dem jetzigen Pächter der Ziegelei in diesem Frühjahr die nötigen Betriebsmittel fehlten, so wurde mit den Ziegler vereinbart, daß pro Woche nur ein Betrag in Höhe von 20 RM zur Auszahlung gelange. Außerdem solle freie Verfügung, wie auf einer Saisonziegelei üblich, gewährt werden. Der Rest des Verdienstes wird der Betriebsleitung zur Stärkung der Betriebsmittel zur Verfügung gestellt. Für die restliche Lohnforderung hat die Arbeiterschaft werden die jeweils auf Stapel befindlichen Steine übereignet. Sämtliche Arbeiter arbeiten fort.

Die „Lippische Landeszeitung“ löst diesen kühnen Entschluß der Ziegler als eine große Tat. Die Ziegler hätten aus der Not der Zeit die Schlussfolgerung gezogen, sie seien zu wahren früheren Verhältnissen zurückgekehrt. Durch dies Arbeitsverhältnis sei es der Firma möglich gewesen, die Steine billiger zu verkaufen als das Syndikat. Auch die Mobilisierung der Gewerkschaften habe das patriarchalische Verhältnis zwischen der Firma und der Arbeiterschaft nicht stören können.

Daß die „Lippische Landeszeitung“ über einen derartigen Vorgang des Lobes für die einsichtigen Arbeiter voll ist, braucht einem bei der bolschewistischen Einstellung der Zeitung weiter nicht wundernehmen.

Zu diesem Vorgang in der bergischen Ziegelindustrie nehmen nun in einer weiteren Zuschrift an die „Lippische Landeszeitung“ Herr Giche, langjähriger Direktor einer größeren Ziegelei, und der spirituelle Gewerkschaften Stellung. Beide kommen zu der Schlussfolgerung, daß es für die Arbeiterschaft ein sehr gewagtes Experiment sei, und sie wünschen, daß zu guter Letzt die Arbeiterschaft nicht doch noch der Leidtragende sei.

In Nr. 203 vom 30. August d. J. nimmt nun der jetzige Pächter, Herr Philipp Limberg, zu der außerordentlichen Frage Stellung. Er schreibt:

Selbsthilfe (Fortsetzung von Seite 250)

Rage ist, mit dem notwendigen Weitblick solche Dinge behandeln zu können. Daß aber Führer einer wirtschaftlichen Organisation sich des Zeug schweben und damit der Öffentlichkeit glauben machen wollen, daß es nur eines Anhebens in der Richtung des Angriffes auf die Tarifverträge und des Schlichtungswesens bedarf, um damit zur Befreiung der Arbeitslosigkeit zu kommen, zeigt dem doch stark davon, daß Doktoren in Arbeitgeberverbänden die Erkenntnis der Zusammenhänge in volkswirtschaftlicher Beziehung noch nicht begriffen haben.

In dem künftigen Selbsthilfeprogramm soll einer der wichtigsten Punkte die Befreiung dieser Fesseln (Schlichtungsordnung) sein. Wie oft hat der Schlichterband in der Zeit der guten und auch teilweise in der schlechten Konjunktur diese sogenannte „Fessel“, die Schlichtungsinstanz, angerufen und benutzt als Hilfsmittel für die Durchsetzung der Forderungen des Arbeitgeberverbandes gegen die Arbeitnehmer. Sogar die Geschäftsführung des Schlichterbandes Deutscher Glasfabriken in einer intensiven Weise betrieben, daß man nur erstaunt war, mit welcher Schnelligkeit im März auf Verreiben des Schlichterbandes gearbeitet werden konnte. Anfang dieses Jahres, also in der Krisenzeit, hatte die Geschäftsführung des Schlichterbandes für die Verbandsgruppe IV (Sachsen) infolge der vorgenommenen Ausperrung sich in die Kesseln gesetzt. Die Arbeiterschaft hatte den Kampf angenommen. Der Schlichter war mit einemmal schnell auf den Weinen. Der ergangene Schlichterpruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Was tat die Geschäftsführung des Schlichterbandes Deutscher Glasfabriken? Sie beantragte schamlos die Verbindlichkeit und erhielt sie auch. So steht die Selbsthilfe der Geschäftsführung des Schlichterbandes Deutscher Glasfabriken aus.

Einige Sätze aus dem angezogenen Artikel sollen herausgegriffen werden. So steht folgendes geschrieben:

„Es ist aber keine Frage, daß die Selbsthilfe nur von der Wirtschaft kommen kann; denn daß der Staat kein Geld hat, ist nur darauf zurückzuführen, daß er mit Hilfe der Steuerfahndung die Wirtschaft so ausgepumpt hat, daß er sie heute wieder steuerfähig machen muß. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Fähigkeit, brauchbare Arbeitskräfte wieder aufzunehmen, muß durch die Senkung der Gestehungskosten wieder hergestellt werden.“

Wer ist die Wirtschaft? Gehören dazu denn nur die Unternehmer? Werden die Menschen insgesamt nicht die Wirtschaft, ganz gleich, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer? Weicht nicht für beide die Pflicht, die Lebenslage der Menschen so zu gestalten, daß sie einigermassen erträglich ist? Heute schreien die Arbeitgeber, daß die Wirtschaft wieder steuerfähig gemacht werden muß. Es ist ein bedauerlicher Fehler, daß sie unter „Wirtschaft“ immer nur sich selbst verstehen und nicht daran denken, daß der Arbeitnehmer dazu gehört, ja den Hauptfaktor bildet. Würden sie daran denken, dann müßten sie eingestehen, daß durch den fortwährenden Lohnraub, den sie im Verein mit der Regierung betrieben haben, der Steuerausfall ein sehr großer gewesen ist, und nun die Schwierigkeiten durch das weitere Loch im Staatshaushalt noch größer geworden sind. Anstatt dies zu erkennen, verlangt man weiter „Senkung der Gestehungskosten“. Was darunter zu verstehen ist, geht aus den weiteren Ausführungen in dem Artikel hervor, und hat der Direktor H. in G. in der Betriebsversammlung offen ausgesprochen. Er sagte: „Alle übrigen Faktoren in den Gestehungskosten können nicht mehr gesenkt werden, es bleibt nur noch der Lohn übrig.“ So soll die Wirtschaft nach den Begriffen der Arbeitgeber wieder steuerfähig gemacht werden.

Von den sozialen Lasten kommt man nicht herunter, so lange der Standpunkt vorherrschend ist, die Löhne weiter abzuhauen. Die Folge ist eine eminente Schwächung der Kaufkraft, die zur weiteren Arbeitslosigkeit führen muß und damit zur Erhöhung der Gesamtkosten in sozialer Hinsicht. Gält man denn die Augen verschlossen vor der Tatsache, daß ein ungeheurer Bedarf der Bevölkerung in Wirtschaft zu verzeichnen ist; nur besteht die Möglichkeit zum Kaufen nicht, weil über 4 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos liegen, ein großer Teil der in Arbeit Stehenden kurz- und infolge dessen ganz eingeschränkt leben muß.

Bei der Abwehr eines Lohnabbaues geht es für uns als Arbeitnehmervertreter nicht nur um Verleugung des heutigen Tarifsystems, sondern um die Erhaltung der Lebensmöglichkeit der Arbeiterschaft und Erhaltung einer Volkswirtschaft, die im wahren Sinne des Wortes eine Wirtschaft des Volkes oder für das Volk ist. Das ist es ja gerade, was uns als Gewerkschaftsvertreter gegenüber den Schindli der Arbeitgeberorganisationen unterscheidet, daß unsere Interessenvertretung für die breite, wertvolle Bevölkerung von keinerlei Gewinn- oder Profitsucht geleitet ist, sondern vor allen Dingen in dem Kampfe gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft liegt, in dem Kampfe um möglichst gleiches Wohlergehen der Menschheit, während die Schindli der Arbeitgeberorganisationen die Interessen einzelner Privatunternehmer wahrzunehmen haben, deren Sinnen und Trachten darauf zu richten ist, aus dem Unternehmen möglichst viel zu verdienen, und das verjagende kapitalistische System zu retten.

Was will Dr. Paul Ruprecht beweisen, wenn er den Fall der Hütte Ruhrtal Weidertal (Metallindustrie) heranzieht? Es unterliegt heute doch gar keinem Zweifel mehr, daß die Hütte auch zum Erliegen gekommen wäre, wenn die Arbeiterschaft den Lohnabbau, wie die Firma ihn wollte, glatt geschluckt hätte. Die Dinge liegen hier ganz anders. Die Gewerkschaftsvertreter haben sich in einzelnen schwierigen Fällen durchaus bereit erklärt, für einen gewissen Zeitraum eine andere Regelung herbeizuführen, wenn der Nachweis für sie genügt; nur durfte ein solcher Fall nicht zum Anlaß genommen werden, eine allgemeine Senkung des Lohnes in dieser Industrie herbeizuführen. Was hat man denn gelau von der anderen Seite? Solche Fälle gingen hinaus zur Verantwortung, und flugs forderten die anderen Unternehmer ebenfalls eine Erleichterung unter Hinweis auf diesen Fall. Weil die Arbeitgeberorganisationsvertreter in ihrem Treiben auf Lohnraub keine Grenzen kennen, und ihre Absicht ist, das Tarifgebäude ins Wanken zu bringen, deshalb der Standpunkt der Vertreter der Gewerkschaften, diesem Treiben den stärksten Widerstand entgegenzusetzen.

Was will man mit dem Vorschlag der Forderung des Tarifsystems mit dem Ziele, sämtlichen Tarifverträgen von Gesetzes wegen einen Lohnspielraum zu geben hergestalt, daß die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Vorgesetzten die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterzulegen dürfen, bezwecken? Die Absicht liegt doch vollkommen klar. Selbst wenn man den Standpunkt der Arbeitgeberseite, das Tarifsystem nicht anzutasten, als wahr unterstellen würde, ist ja gar nichts damit erreicht. Diese untere Grenze wird fast allgemein in diesem Lande zur Anwendung kommen, und so ist der Konfliktzustand immer wieder derselbe, eine Erleichterung tritt nicht ein. Der Schlichterband sorgt ja selbst dafür, daß eine solche Unterschreitung möglichst in allen Betrieben versucht und durchgeführt wird. Ein solches Vorgehen ist im „Interesse der Volkswirtschaft“ nach Ansicht des Schlichterbandes gelegen, und er zählt dies zum Selbsthilfeprogramm.

Wie dieses sogenannte Selbsthilfeprogramm in der nationalen Weise aussieht, soll zum Schluß in zusammenhängender Weise drastisch dargestellt werden.

Die Industrie fordert, wie vorstehend geschildert:

- a) Senkung der Gestehungskosten (Lohnabbau);
b) der Arbeitskostenanteil soll nicht nur beweglich nach der Seite der Lohnhöhe, sondern auch der Arbeitszeit sein (Verlängerung der Arbeitszeit);
c) die sozialen und sonstigen Lasten müssen erniedrigt werden.

Die Landwirtschaft (Großgrundbesitz) fordert unter Hilfe des Reichsministers Schiele folgendes:

- a) Einfuhr von Brot- und Futtergetreide ist fast vollständig zu unterbinden (die Preise werden dadurch auf das Dreifache der Weltmarktpreise getrieben);
b) Einfuhr von Butter, Eiern, Gemüse und Obst soll untersagt werden.

Da die deutsche Landwirtschaft gar nicht in der Lage ist, die vollkommene Versorgung der deutschen Bevölkerung durch eigene Produkte geschehen zu lassen, ist selbstverständlich die Folge ein Anziehen der Preise für Lebensmittel in ziemlich starker Weise, also allgemeine Preiserhöhung.

Die Forderungen der Industrie zeigen als Auswirkung eine Erniedrigung des Lohnstandes und damit Verschlechterung der Lebenslage der breiten Bevölkerung.

So steht das „nationale Selbsthilfeprogramm“ der Industrie und des Großgrundbesitzes aus. Weides nennt sich „die Wirtschaft“. Es ist nichts weiter, als ein nacktes Interessenprogramm und hat mit Selbsthilfe in schwerer Zeit für das Volksganze nichts zu tun.



Aufgewählte Jugend und gewerkschaftliche Jugendarbeit

Noch nie ist die Jugendfrage so brennend gewesen wie gegenwärtig. Der Gegensatz, der zwischen alt und jung sich durch die Geschichte der Menschheit zieht, wird heute durch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse noch verschärft. Nicht immer war die Jugend allgemein so radikal wie heute in dieser Zeit, in der schon die engste Umwelt, die Straße sozusagen, die Jugend politisch beeinflusst. Das macht sich besonders bemerkbar bei dem Anwachsen der hyperkapitalen Strömungen rechts und links, die nur auf die schon genannten Einflüsse der Straße zurückzuführen sind. Hier wirkt keine politische Überzeugung, sondern die Macht der Phrase. Die Lebensbedingungen für die heutige Generation sind anders als die der früheren Generationen. Arbeitslosigkeit, keine Existenzgrundlage, keine Lebenszukunft, all dieses muß ja die Jugend verbittern und dazu führen, daß sie mit aller Welt zerfällt. Fürchtbares hat die Jugend schon durchgemacht. Ihr Kinderland war nicht sonnig, sondern ist gekennzeichnet durch die vier Jahre grauenvolles Wenden, in ihr Bewußtsein drangen die Inflationsjahre, wo sie darben und hungern mußten. Sie haben tagtäglich gesehen, wie die Eltern sich abmühten, um Kleidung und Essen zu beschaffen. Viele, wohl die meisten, haben das Wohnungsseil am eigenen Leibe verspürt. Und heute liegen sie größtenteils den Eltern wieder zur Last.

Es gibt in Deutschland gegenwärtig nahezu 600 000 Jugendliche, die keine Arbeitsstelle haben. Von ihnen erhalten aber nur ungefähr 400 000 Jugendlichen eine Unterbringung; die anderen 200 000 sind ohne jegliches Einkommen und damit auf die Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen. Hinter diesem einfachen Zahlen verhüllt sich eine ungeheure seelische, geistige und materielle Not. In den Jugendjahren empfindet der Mensch den Zwang des Nichtstuns viel stärker, als dies bei dem Erwachsenen der Fall ist. Hier gehen Werte an Intelligenz und Arbeitskraft zugrunde, die unsere Wirtschaft eines Tages sehr vernichten wird. Was das deutsche Volk, namentlich die Jugend, durch Arbeitslosigkeit an gesundheitlicher Kraft eingebüßt hat, läßt sich zahlenmäßig gar nicht feststellen und ist schon jetzt in einer Generation nicht mehr zu beheben. Mutet es da einem nicht als Wahnsinn an, wenn man die Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung herausnehmen will und dadurch ihr Schicksal noch unerträglicher gestaltet?

Das Leben der Jugend ist Trümmersfeld und Umsturz, sie befindet sich in einer eigenartigen ökonomischen Lage. Als die jetzigen Alten einst jung waren, fanden sie mit ihren Werten und radikaler Zielsetzung, mit ihren Symbolen und Fahnen reichlich Befriedigung in der Partei- und Gewerkschaftsarbeit. Die heutige Jugend aber steht vor dem mühseligen Prozeß der Mitverantwortung in der Praxis, im unmittelbaren Ringen um nächtliche Tagesfragen. Von der Jugend muß verlangt werden, daß ihr Idealismus sich in konkreter Umwandlungsarbeit bewährt.

Die beste Grundlage dafür bilden zweifellos die Gruppen der Gewerkschaftsjugend, die sich in allen Verbänden gut ent-

Literarisches

Das Heute der proletarischen Aktion. — Hemmnisse und Wandlungen im Klassenkampf von Dr. A. Ourland. 160 Seiten. Großoktav. Preis brosch. 2,50 RM. Leinen 3,60 RM. Original-Ausgabe 3,70 RM. E. L a u b - s c h e Verlagbuchhandlung O. m. b. H. Berlin W 30. — Oasenwärdie sind Einzelgänger, Sektens und bedeutungslose Gruppen eilig bombt, die „Fehler“ der großen ausschlaggebenden Organisationen herauszustellen und ihre eigenen sonderlichen Hellsicht als das einzig Richtige zu verkünden. Wer Irzueidene verschrobene Idee hat, nimmt sich Marx her und „beweist“ mit seinen Zitate, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei und schließlich auch die Kommunisten alles falsch machen. Besonders die „Linken“ in der Sozialdemokratischen Partei sind in dieser Hinsicht eifrig bemüht, sie kritischen, opponieren und „weisen nach“, was dem Proletariat alles angetan wurde, so auch Ourland, der marxistisch analysiert und „die reformistischen wie die kommunistischen Illusionen zerstört“. Er zeigt der Arbeiterklasse, wie sie ihren Kampf „politisieren“ und aktivieren muß — in der Theorie, die Praxis überläßt er wie so manche andere den anderen. Das Kapitel über die Gewerkschaften und ihre Kämpfe ist so gehalten, daß der Leser am Ende den Schluss ziehen muß und unter dem Eindruck steht, die Gewerkschaften haben das Proletariat in nur in Niederlagen geführt. Ihr ganzes hohes Wirken war ja zwecklos für die Arbeiter. Es ist gut, daß die Wirklichkeit anders aussieht und noch besser, daß Leute wie Ourland die Gewerkschaften nicht beeinflussen können, sonst würde die Politisierung und Aktivierung der Gewerkschaften die Arbeiterschaft dahin bringen, daß es ihr noch bedeutend schlechter ginge als heute. Kritik, die la notwendig ist, sollte immer aufrüttelnd, fruchtbringend und anreizend wirken. Das kann von dem sonst ganz lässig geschriebenen Buch Ourlands nicht gesagt werden. Damit wird die „sozialistische und kulturelle Haltung der Arbeitermassen“ nicht betrübtend betet.

widelt haben. Die materiellen Lebensbedingungen sind Voraussetzung für jede kulturelle Arbeit. Aufgabe der Gewerkschaften ist die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Gesamtarbeiterschaft, dazu gehören selbstverständlich auch die Jugendlichen. Innerhalb der Arbeiterschaft hat die vor dem Kriege eingeleitete gemeinsame Arbeit von Partei und Gewerkschaften für die Jugend verhindert. Die Tatsache aber, daß nach dem Kriege große Massen Jugendlichen in die Gewerkschaften hineingeströmt sind, hat die Gewerkschaften veranlaßt, der besonderen organisatorischen Bindung und Erziehung der Jugendlichen näherzutreten.

Maßgebend für die gewerkschaftliche Jugendarbeit ist die Tatsache, daß die Jugend vom Beruf her erfasst wird. Die oft gestellte Frage, ob es notwendig ist, dem Beruf noch irgendeinen positiven Wert beizumessen, muß nach den vorliegenden Verhältnissen bejaht werden. Ich halte es für notwendig, daß auch die organisierte Jugend darauf hingewiesen wird, welche Bedeutung die gute Berufsausbildung für sie hat.

Eine große Schicht von Arbeitern ist nötig, um die Zwischenglieder zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu bilden. Es ist durchaus nicht gleichgültig, welcher Geist diese Zwischenschicht beherrscht. In der Berufsschule, die ja eine große Zusammenballung von Jugendlichen bedeutet, können die gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen viele Aufbauarbeit leisten. Zu werden für den Zusammenschluß der Jugendlichen ist eine wichtige Aufgabe der Jugendarbeit. Die Jugend für diese Arbeit zu schulen, ist Sache der gewerkschaftlichen Jugendgruppen. Diese Arbeit der Jugend, die versucht, sich das Leben selbst zu gestalten, soll nicht etwa im Gegensatz zu den Alten stehen.

Gemeinsam mit unseren älteren Kollegen wollen wir jungen kämpfen, wollen diese widerwärtige „Ordnung“ beseitigen, den Kapitalismus, die Ursache all dieses Elends wollen wir mit stürzen. Eine neue Welt gilt es zu schaffen, eine neue Welt, die das Elend nicht kennt und die Not verbannt, eine Welt ohne Unterdrückung und ohne Ausbeutung. In dieser jetzigen Zeit haben wir die größte Belastungsprobe zu bestehen, trotz aller Hemmnisse müssen wir unermüdet weiter kämpfen, wenn nicht jahrzehntelange gewerkschaftliche und politische Arbeit in kurzer Zeit nutzlos verban werden soll.

Es ist furchtbares Schicksal, das heute wir Arbeitslosen in aller Welt erleben. Aber die Not der Arbeitslosigkeit darf uns nicht kleinmütig verjagt, hoffnungslos machen. So furchtbar diese Not ist, sie ist doch nur ein Anzeichen, daß die Zeiten der kapitalistischen Ordnung zu Ende gehen! So entsetzlich die Schmerzen unserer Zeit — sie sind nur die Wehen der alten kapitalistischen Weltordnung, die mit der sozialistischen Schwanger geht. Und darum jede Minute unseres Lebens, unsere ganze Kraft an die höchste Aufgabe, diese Gesellschaftsordnung, der heute Millionen Arbeitslose fluchen, zu überwinden, damit die nachfolgende Generation zumindest von ihrem Fluche befreit wird. E d w i n S c h l a g, Kraftsdorf.

„Freundschaft“ / Der Jugendfilm des Fabrikarbeiter-Verbandes

Im Mittelpunkt des Treffens der Fabrikarbeiterjugend des Ganges Hannover in Detmold stand die Aufführung des Jugendfilms „Freundschaft“. Verantwortlich für den Film zeichnete Kollege Scheinhardt Hannover, der die Filmaufnahmen gemacht und auch die Bildzusammenstellung besorgt hat. Er war Filmoperateur, der Mann mit der Kamera und Filmregisseur in einer Person. Liebe, nein, Fanatismus zur Sache — ohne Liebestreibung — trieb ihn zu dieser Arbeit.

„Freundschaft“ Der Gruß der sozialistischen Jugend kennzeichnet den Geist und den Charakter dieses Films, in dem die Fabrikarbeiterjugend sich selbst spielt. Die Grundidee des Films ist die Darstellung des Lebens- und Arbeitschicksals der Fabrikarbeiterjugend, unter die unser Berufs- und Berufsstand: „Vereinigt euch mit uns!“ Der Film bringt nicht im Filmateller gestellte Bilder, sondern die mit der Kamera eingefangene Wirklichkeit der Pintheit und der Lebens- und Arbeitsumwelt der proletarischen Jugend. Wir erleben in diesem Bildbericht: „Woher sie kommt“, unsere Fabrikarbeiterjugend: Aus den dunklen Gassen, Hinterhöfen der Städte, aus der grauen Einmütigkeit der Fabrikkolonien, aus den engen Gassen der Landproletarier und Kleinbauern. Wir lernen im Film aber nicht nur die Härte und Not kennen, die sie schon in früher Kindheit zur Arbeit, zum Verdienen zwingt, sondern auch die starke unbegabte Lebenskraft dieser Jugend, die Freude sucht und findet, wenn die Sonne auch nur ganz wenig Licht und Wärme in ihr kaltes Gefängnis der Armut hineinwirft. Wenn die Jugend der Schule, wenn auch noch nicht der Kindheit entwachsen ist und aufgeschluckt wird von den dunklen Fabrikatoren, dann tritt dort auch bald die Forderung der Solidarität an sie heran: „Kommt mit zu der Fabrikarbeiterjugend!“ Sie folgt der Mahnung, und dort in der Versammlung der Fabrikarbeiterjugend begegnet ihr das Erlebnis der Gemeinschaft, das solidarische Eintreten des Verbandes für ihre Interessen als jugendlicher Arbeiter und als jugendlichen Menschen. Jetzt steht die werdende Kraft des Films ein. Er erhebt die gewerkschaftlichen Forderungen zum Jugendschutz an die Öffentlichkeit:

„Bessere Gestaltung der Arbeitslöhne für Jugendliche, die 40-Stunden-Woche, mit dem arbeitsfreien Sonnabend, zusammenhängenden Urlaub von mindestens 3 Wochen unter

Zahlung des Tariflohnes, Verlegung des Berufsschulunterrichts in die Arbeitszeit („denn übermüdete junge Menschen lernen schlecht“).

Filmbilder aus dem Arbeitsleben der Jugendlichen begründen die Notwendigkeit der Verbesserung des sozialistischen Jugendschutzes, soll der jugendliche Mensch nicht erdrückt werden unter der Last der Arbeit, die ihm die Gesellschaft aufbürdet.

Der Jugendfilm „Freundschaft“ wirkt für den Fabrikarbeiter-Verband, aber insbesondere für die Jugendgruppen des Verbandes. Dort wird der Jugendliche nicht nur als Gewerkschaftsmitglied, sondern auch als jugendlicher Mensch erfasst. Von diesem Jugendgruppenleben nach Feierabend und in der arbeitsfreien Zeit berichten Filmbilder, in denen die Fabrikarbeiterjugend selbst redet, diskutiert, tanzt, schwimmt, wandert und beim fröhlichen Spiel fröhlich und übermütig ist. Die Bilder von den Jugendtreffen des Fabrikarbeiter-Verbandes lassen erkennen, daß sie das gewerkschaftliche Treuegelübdes wohl halten wird. Das wird sie auch tun, wenn sie ihren älteren Verbandsgenossen, deren aufopferungsvolle mühevolle Arbeit den Verband aufgebaut hat, das Versprechen gibt: „Wir wollen weiterbauen, was ihr begonnen!“

Der Film wurde mit großem Beifall aufgenommen. Vertreter des Vorstandes sprachen dem Kollegen Scheinhardt und seinen Mitarbeitern, insbesondere auch der im Film mitwirkenden Jugend den Dank des Vorstandes für das gelungenen Werk aus. In der Detmolder „Volkzeitung“ schrieb Felix Fischenbach in seiner Kritik des Films: „Nichts Erstaunliches, nichts Langweiliges in diesem Film, der selbst in seinen Alltagsbildern noch viel für das Schöne verrät... Der Jugendfilm „Freundschaft“, der bei seiner Aufführung in Detmold mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, ist eine vorbildliche Arbeit und wird den übrigen Verbänden manchen Fingerzeig dafür geben, wie der Film wirksam in den Dienst der Gewerkschaften gestellt werden kann.“

Wir sind überzeugt, daß dieser mit sehr sparsamen Mitteln hergestellte Jugendfilm die Werbearbeit unter den jugendlichen Kolleginnen und Kollegen sehr unterstützen wird. G. H.

Die Glücksbude

Erzählung von Ernst Breckang.
Copyright 1930 by Buchverlag G. Ullstein, Berlin.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Diese Jahre! Frau Trude meinte, daß sie immer kürzer würden, so schnell entschwand ihr eins nach dem andern. Besonders seit Jeremias von der großen Unruhe erfaßt worden, die ihn weiter landauf und landab trieb als vorher. Sie sahen die Alpen und das Meer, die braune Heide Hannovers, die weißen Sandflächen und stillen Waldseen der Mark wie die grünen Täler Thüringens. Sie überschritten die Grenzen und blieben Monate im Ausland. Meist sah sie der Winter im Süden, der Sommer im Norden. Denn Jeremias hustete, sobald ihn ein rauher Luftstrom traf. Er suchte die Sonne. Sie wurde ihm selten zu heiß.

Es war Ende August. Der alte Schimmel hustete wieder einmal gemächlich der Grenze zu. Die Luft flimmerte unter der sengenden Hitze. Das Gras dornte auf den Wiesen und wurde zu Heu, ehe es geschnitten. Die Blätter der Bäume rollten sich düstend zusammen. Menschen und Vieh lachten. Frau Trude hatte alle Fenster des Wagens ausgehoben, um einen kühlenden Luftzug zu erzeugen. Mit ihm drang der meiste Staub der Straße, den die Hufe des Pferdes in Bewegung gebracht, durch die Gardinen. Jeremias blickte auf seinem Kutschersitz. Das brachte ihn in eine behagliche Laune. Jenseits bog er sich vor und sah forschend in den Wald, in die Felser. Von irgendwoher kam der Ruf: „Gott! Gott!“ Er antwortete: „Kuduck! Kuduck!“ und sah auf einem Hügel, in einem schmalen Feldweg oder zwischen den Baumstämmen eine kleine Gestalt dahingelien oder über die Gräben gehen. Oft war sie auf Stunden nicht zu sehen und zu hören. Wenn dann der Wagen um eine Waldbede bog, sah da ein Junge am Straßenrand mit roten Wangen, nackten Füßen und staubigen, häufig zerrissenen Kleidern. Eine klägliche Stimme rief herauf:

„Ach, guter Herr, wollen Sie mich nicht mitnehmen?“
„Wo willst du denn hin, Zigeuner?“
„Nach Grevesberg zur Kirchweih, Stimpf und Schuh kaufen. Hab' aber kein Geld und möcht' mich bedingen.“
„Steig auf, Bagabund! Kannst das Glücksrad drehen. Hungerst auch, wie?“
Jeremi sah schon oben und hielt sich mit ausdrucksvoller Gebärde den Bauch.
Der Reizschmelz klopfte an die Stirnwand des Wagens: „Liebste, da ist uns so 'ne kleine Rothaut zugelaufen. Verhungert und verdurstet.“
Wald darauf kam eine Hand in dem offenen Klappenfenster zum Vorschein und reichte Brot und Wasser heraus. Jeremi verslang es.
„Wie ein Wilder“, sagte der Vater. „Wenn dich so deine Tante Dora sehen würde.“ Er mußte laut lachen. „Nehmerhaupt, wenn sie uns sehen könnte, ach ja, ach ja!“ Er lachte noch eine Weile und schüttelte im Lachen den Kopf. Aber es war ein freies, herzliches Lachen.
„Wir können sie ja mal besuchen“, schlug Jeremi vor.
Der Gedanke brachte seinen Vater von neuem zur Seiterzeit. „Gut, Junge, da dürftest du was erleben!“ Und weil Frau Trude eben erstaunt an dem kleinen Fenster erschien: „Was meinst du, Trude, wie sie jetzt aussehen mag, die gute Dora?“

„Wir sind alle nicht jünger geworden, 'mias.“
„Nein. Du ausgenommen. Aber wenn mein Gesicht zufällig einem Spiegel zu nahe kommt, hab' ich gute Lust, mit der Faust ins Glas zu schlagen. Ein alter Mann. Wie alt bin ich eigentlich?“
„Sechshundvierzig Sommer sind über deinem Haupte dahingezogen“, beklammerte Jeremi.
„Dann hast du's also gerade auf drei Tausend gebracht, Trude. — Halt, Schimmel!“ Eine ungepflasterte Straße zweigte sich ab. Ein Wegweiser stand dort. „Sieh mal nach, Jeremi.“
Der war in einem Satz unten und am Pfahl hinauf: „Grevesberg, 1 Kilometer.“
„Ja, Jeremias stellte sich auf die Zehen. „da jeh' ich den Kirchbaum. Das Reiz muß sehr tief liegen. Wollen wir nun gleich da hinunter oder machen wir hier oben Nacht. Unsere Bude kriegen wir noch am Abend hoch. Und dort ist ein famozer Platz.“ Er wies auf eine Lichtung, die von großen, moosigen Eichen umrandet war. Wagenpuren führten hinauf. Der Schimmel folgte ihnen. Er wurde ausgepannt, graste ein Weizen und blieb dann mit hängendem Kopf unbeweglich stehen. Nur der Schweiz war eifrig auf der Jagd nach Insekten.

Jeremias und Frau Trude lagerten sich ins Gras, in den Schatten, jähren zum Himmel hinauf und plauderten. „Zigeunerleben“, sagte er.
„Ja. Nur, daß wir noch keine Hühner gestohlen haben.“
„Vielleicht kommt's noch. Ich habe nicht mehr die Empfehlung zu den anständigen Menschen zu gehören.“
„mias!“ Trude lachte. Es war ein wenig Kerger dabei. „Das jähreid' ich deiner Dora.“
„Die arme Dora! Sollte sie tot sein?“ Jeremias richtete sich häutig auf. „Zeit jeh's Jahren keine Zeile!“
„Das ist meine Schuld, 'mias.“
„Deine?“
„Ja. Ich hab's mir verbeten.“
„Ja. Er sah sie forschend an und legte sich wieder auf den Rücken. In den nächsten Stunden sprach er nicht.“
Er sah Jeremi von einer Fortbewegung in die umliegenden Waldgründe zurückleiten und seinen Eltern einen Hut voll Brombeeren und Himbeeren bot. fand Jeremias die Sprache wieder.
„Vielleicht war es gut so“, sagte er.

Die Glücksbude bekam einen guten Platz auf der Grevesberger Kirchweih. Sie stand etwas abseits von dem eigentlichen Marktgerübe, an der Mündung eines Beiges, der von der Chaussee durch die Felser kam, an einer kleinen Seitenmauer entlang und in die hundertjährige Eiche des großen Dorfes lief. Mit der Rückseite lehnte sie sich an jene Mauer. Vor ihr unterbrach ein Stück Bruchland die Reihe der Gehäse. Hier wurde neben anderen der Wagen untergebracht. Das Pferd kam in den Stall eines Hofes. Er durfte einige Tage verweilen, der Schimmel, wenn alles seinen normalen Gang hatte.
Die Hitze der vergangenen Tage zeigte sich zu beängstigender Schwüle. Horn und Heu waren herein. Der Landmann gönnte sich nach den Schweligen der Ernte einen Kierker. In zwei hiden, jäherrichtigen Strömen wälzten die Rechen der Weizener sich durch die Zellgassen. Einmal und hinab wogten sie. Schon am Mittag, als die Sonne in hoher Hüt am Himmel stand, von keiner Welle berührt, als sie mit ihrem ganzen Feuer auf die Köpfe herabfiel, gab es ein Lärmen, Singen und Jubelieren, daß Jeremias die Ohren brummten. Ein gewaltiges Durken war in den Köpfen. In den Bierzelten und Gasthäusern nahm das Klöpfen der Spundhämmer kein Ende. Am drei-

Uhr begannen auf mehreren Stellen zu gleicher Zeit Fiedel, Klarinette und Brummloch ihr Konzert. Man tanzte schon. Jeremias stand in seiner Bude und fertigte die Spieler ab. Das Geschäft stand in keinem Verhältnis zum Besuch. Er kam mit Trude überein, einen ganz besonders wertvollen Gegenstand als Hauptgewinn auszuwählen. Sie wählten eine Peitsche mit silbernem Griff. Das sprach sich herum.
Und allmählich verstärkte sich der Andrang, wuchs und wuchs und wurde mit den Stunden so stark, daß beide reichlich beschäftigt waren. Unaufhörlich klapperten die Büffel; der Strom der Mädel versiegt kaum auf Minuten. In diesen Jahren hatten Jeremias einen besonders heftigen Durst. Gegen seine Gewohnheit trank er einige Maßkrüge, die Jeremi aus einem nahen Gasthause geholt hatte. Eine leichte Mäde stieg ihm in die Wangen; er scherzte mit den Besuchern und rief seiner Frau hier und da ein Witzwort zu. Er pries seine Waren in einer Weise an, wie Trude es nie vordem von ihm gehört und wie sie selbst es nie gewagt hätte. Aber diese Nebertreibungen erregten das bestellte Vergnügen der Zuhörer und lockten immer neue Scharen an. Im fünf Uhr mußte die Kasse in einenbeutel geleert werden. Frau Trude nahm ihn unter die Schürze und brachte ihn im Wagen unter. „Es wird ein regelrechter Ausverkauf“, sagte Jeremias. „Er nahm einen Schind aus dem Krüge, schob die Mäde von der heißen Stirn und rief in die Menge:

„Fortuna sitzt auf ihrem Thron
Bei Gertrud Lattenbach und Sohn.“
Gegen Abend erreichte der Trudel seinen Höhepunkt. Die Drehorgeln der Karussells leierten unaufhörlich. In den Schießbuden knallten die Gewehre; der getroffene Löwe brüllte, die Kappe der Parkeine hingelte, der Lambour schlug seinen Wirbel. Von den Tribünen der Schaubuden hallten die heiseren Stimmen der Zuschauer. Die dumpfen abgerissenen Kommandoworte eines Varenführers mischten sich mit den Brummeln des tanzenden Tieres. Eifriger als vorher klopfte die Spundhämmer. Von irgendwoher kam das Geräusch fallender Regal und die Anrufe der Aufseher.

Zehn Fragen und zwanzig Antworten

In verschiedenen Ausgaben der vom Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung (DINTA) herausgegebenen Veröffentlichungen erschienen dieser Tage „Zehn Fragen an den deutschen Arbeiter“, denen die Antwort des Unternehmertums angefügt war. Die Fragen gehen tatsächlich alle Arbeiter an, und natürlich auch die Antworten, die das Unternehmertum darauf gibt; denn gerade zwischen den Zeilen dieser „Antworten“ ist manches über die Pläne der Unternehmer für die nächste Zeit zu entnehmen. Wir haben deshalb unsere zehn Antworten den Antworten des Scharfmachertums gegenübergestellt. Also:

1. Wer hat die Welt in Wirtschaftsnot gestürzt?
Die Unternehmer sagen: Die Siegerstaaten, die in ihrer Verblendung den Krieg wirtschaftlich weiterführten.
Wir antworten: Die international verflochtene kapitalistische Wirtschaft, die gerade von diesen Profiteuren betriebene oder beeinflusste kapitalistische Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik!
2. Was hat die deutsche Krise verschuldet?
Die Unternehmer sagen: Steuerdruck und Reparationslasten, die der Wirtschaft den Lebenspielraum nahmen.
Wir antworten: Das Auftreten der nationalsozialistischen Kreise in Deutschland, Baherfolg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 und der Volksentscheid in Preußen; dadurch mangelndes Vertrauen des Auslandes in uns; ferner das unverständliche Auftreten des ehemaligen deutschen Reichsbankpräsidenten, des Herrn Schacht (Kreditperre, direkte und indirekte Warnungen an das Ausland, uns keine Kredite zu geben). Sinsu kamen die Belastungen durch Reparationen, die nicht gemildert wurden, weil (siehe oben) das Ausland zu Deutschland kein Vertrauen hatte!
3. Wer hat die deutsche Krise verschärft?
Die Unternehmer sagen: Unverantwortliche Volksversführer, die den Klajentampfs führten.
Wir antworten: Deutsche Unternehmer wie die Herren Lohusen mit ihrer Riesenpleite und wie die dem DINTA nahestehenden Industriellen mit ihrem Geschrei gegen den „Verberber Frankreich“ und andere politische Entgleisungen, die dem Ansehen Deutschlands außerordentlich geschadet haben.
4. Wer hat sich über die Not der Zeit hinweggesetzt?
Die Unternehmer sagen: Die öffentliche Hand mit ihrer unbegrenzten Ausgabenwirtschaft.
Wir antworten: Die deutschen Unternehmer, die trotz ihres Geschreis über die Höhe der Soziallasten und die Unrentabilität ihrer Betriebe sehr beträchtliche Summen für Dividenden an die Aktionäre und für Zantkemen an die Aufsichtsräte ausschütteten konnten und die auch die Mittel zur Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei aufbrachten!

Die Musik in den Gasthäusern war misöhniger und lauter geworden. Man hatte die Saalfenster geöffnet. In Schwaden drang der Staub und Tabakqualm heraus. Die jungen Burtschen hatten sich ihrer Fäden entledigt; die Mäde im Genid, schief die Zigarre im Munde, wälzten sie mit den Mäden dahin, daß hoch die Mäde fliegen — jauchzend, grölend, trampelnd. Vor den Wirtschaftshäusern larmten Brunkene, oder sie zogen Arm in Arm singend durch die Lindenstraße. Liebespaare, in zärtlicher Umschlingung, drängten sich durch die Massen, um eine Fahrt auf dem Parussel zu tun oder ihre Blut im nahen Feld zu kühlen. Hier und dort stieg einer mit schiefem Gut und blühenden Augen umher, den Stock krampfhaft in der Rechten, provozierende Mäde nach allen Seiten werfend: wenn nur einer kämel!

Und in dem heißen, brodelnden, lärmenden Gewühl da und dort eine blinkende Helmspitze.
Jeremias rief nicht mehr. Mit rosigem Gesicht, aus dem alle Falten verschwunden schienen, stand er still lächelnd hinter seinem Kram und warf Mäde auf Mäde in die Mädeklasse. Er träumte davon, daß er nach Schluß der Bude mit Trude Arm in Arm durchs Dorf gehen und sich das lustige Leben noch etwas aus der Nähe betrachten werde. Vielleicht machten sie sogar einen Tanz! Er klüfferte es ihr zu. Sie lachten beide. Ein Schrei schnitt in ihr Köpfe hinein. „Jeremi!“ Frau Trude klammerte sich an den Arm ihres Mannes. Der stand starr. Sie stürzte hinaus. In der Gartenmauer, in der Nüchling nach dem offenen Felde zu, hatte sie vor wenigen Minuten die gelben Locken des Knaben fliegen gesehen. Er sprang lust über einen Graben...

Gelangweilt von dem gewohnten Trudel, von Durst geplagt, hatte Jeremi sich in den Schatten der Gartenmauer zurückgezogen und Saerampfer geschaut. Er verkaufte die jauchzenden, säuerlichen Mäde und übte sich nebenher im Springen und Mädschlagen. Eine alte Gewohnheit. Einfaß gehen konnte er nicht. Auch die Augen standen nicht still, sondern erforchten alles, was nur irgendwo in ihrem Lichtkreis trat. (Fortsetzung folgt.)

5. Was untergräbt die Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiter?
Die Unternehmer sagen: Struppelose Agitation gegen die Wirtschaftsordnung.
Wir antworten: Eine Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiter im Sinne obenstehender Frage gibt es nicht!
6. Was schmälert euren Lohn?
Die Unternehmer sagen: Uebersteigerter Soziallasten und der übertriebene Aufwand der Sozialversicherung!
Wir antworten: Niesendividenden, Niesentantiemen, Niesensummen zur Unterstützung der Nazis und des Stahlhelms sowie der gelben Werkvereine. Die Geze gegen die „Soziallasten“ soll den Abbau der sozialen Einrichtungen herbeiführen, den Arbeiter seiner wichtigsten Unterstützungseinrichtungen berauben und ihn der Willkür des Unternehmertums ausliefern.
7. Wer nimmt euch Arbeit und Brot?
Die Unternehmer sagen: Eine Wirtschaftspolitik, die die Betriebe in ihrer Existenzfähigkeit bedroht.
Und wir setzen hinzu: Brachtbeispiele, dafür sind die Nordmollenteile und der Standal um die Deutsch-Evangelische Heimstätten-Gesellschaft (Debaheim)!
8. Was kann aus dieser Not nur helfen?
Die Unternehmer sagen: Die Schöpferkraft des Unternehmers, die neue Arbeitsplätze schafft, und eure bereitwillige Mitarbeit.
Wir antworten: Dann kann es uns ja an nichts fehlen; denn wir haben in Deutschland so viele Unternehmer mit reichen Schöpferkräften (sogar nach eigenen Aussagen), daß sie genügen müßten, um die gegenwärtige Not in der Wirtschaft zu beseitigen. Die Schöpferkräfte der Unternehmer scheinen nicht weit her zu sein, sonst müßten sie ja schon eine Wendung zum Besseren herbeigeführt haben. Grundlegende Hilfe kann aber nur durch grundlegende Umstellung der deutschen und internationalen Wirtschaft erfolgen.
9. Was muß zunächst geschehen?
Die Unternehmer sagen: Scharfsinnige Rückkehr zu geordneter Wirtschaftsführung, die frei von staatlicher Bevormundung ist.
Wir antworten: Staatliche Kontrolle der Banken und Kartelle, Sinsuziehung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter; internationale Verständigung über alle wichtigen Wirtschaftfragen!
10. Was ist aber Voraussetzung dafür?
Die Unternehmer sagen: Gegenseitiges Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und einmütige Zusammenarbeit.
Wir antworten: Stärkung des internationalen Vertrauens durch Abrüstung aller Völker! Und vor allem: Stärkung der wichtigsten Pfeiler internationaler Zusammenarbeit, der freien Gewerkschaften!

Wozu heißes Wasser gut ist

Das beste Mittel gegen völlig ermüdete und schmerzende Füße ist heißes Wasser, dem man ein wenig Essig zufügt. Der die Wirkung dieses Mittels noch nicht erprobt hat, wird bestimmt bei einem Versuch seine Erwartungen bei weitem übertroffen sehen. Die heißen Fußbäder, die vormittags morgens und abends genommen werden, sollen etwa die Dauer von drei bis vier Minuten haben. Heiße Fußbäder, die allerdings eine etwas längere Dauer haben müssen, sind vorzüglich geeignet, um die Kopfschmerzen zu beseitigen, da sie den Blutandrang im Kopf beschränken und ablenken. Nach dem Bad werden die Füße kräftig trocken gerieben und es folgt, oder es soll wenigstens eine halbtägige Arbeitspause folgen. Die gleiche Wirkung der Kopfschmerzlinderung geht von heißen Redenurflagen aus. Jahnschmerzen können bekanntlich bis zur Verzweiflung treiben. Solange wir uns nicht in ärztliche Behandlung begeben können, bietet uns heißes Wasser seine jäherrührende Kraft an. Wir tauchen ein weiches Tuch in recht heißes Wasser und drücken es darauf wieder aus. So heiß, wie wir diesen Umschlag vertragen können. Legen wir ihn auf die jäherrührende Wache. Bald wird diese jäherrührende Wärme bewirkt haben, daß die von den in Mitleidenschaft gezogenen Nerven ausgehenden Schmerzen nicht nur gelindert werden, sondern vollständig wieder verschwinden sind. Bei krampfartigen Unterleibs- und Magenbeschwerden gehören heiße Umschläge zu den nie versagenden Mitteln. Damit die jäherrührende Wärme recht lange erhalten bleibt, legt man über den Umschlag ein Stück Guttapercha oder Billroth-Battist und darüber eine dicke wollene oder Hanfbede. Auf die schmerzüberwältigende Wirkung eines jäherrührenden Umschlages kann man sich bei einer Kofik stets verlassen. Auf unschädliche Weise wird überflüssiger Fettansatz an Leib und Hüften durch jäherrührende Umschläge wieder beseitigt. Wenn man diese Um-

schläge zum Zweck einer Fettbeseitigungskur regelmäßig wiederholt, so ist ihr Erfolg bestimmt größer als der Erfolg des Opfers der Entballbarkeit und der Diät. Die heißen Umschläge können unmittelbar vor dem Einschlafen gemacht werden, da von den heißen Umschlägen eine schmerztreibende Wirkung ausgeht. Im Welt ist aber die Gefahr der Entfaltung infolge Abkühlung am geringsten. Zu einer solchen Entfaltungskur gehört allerdings etwas Geduld, vor vier Wochen lassen sich nur selten merkliche Gewichtsabnahmen feststellen. Hungern und Dursten sind die gefährlichsten Hilfsmittel, zu denen wir nie greifen sollten, wenn wir unser Körpergewicht herabsetzen wollen. Unwillkürlich drängt sich uns an dieser Stelle die Frage auf, ob es gut ist, sich das Gesicht regelmäßig mit heißem Wasser zu waschen. Diese Frage ist grundsätzlich zu verneinen, mag die Haut an und für sich trocken oder fettig sein. Sehr empfehlenswert sind dagegen heiße Waschungen in größeren zeitlichen Abständen zwecks einer besonders gründlichen Reinigung des Teints. Mit der vorzüglichen Reinigung der Poren verbindet sich eine angenehme Anregung des Blutzirkulationes der Gesichtshaut. Zu oft die heißen Waschungen jedoch nicht vorgenommen werden, damit sich die Poren nicht allzusehr erweitern. Wir empfehlen, zwischen den gründlichen Reinigungen der Gesichtshaut mit heißem Wasser jeweils einen Zwischenraum von vier Wochen vergehen zu lassen. An letzter Stelle erwähnen wir die heißen Umschläge als Linderungsmittel bei Halschmerzen. Wir konnten bei weitem nicht alle vorteilhaften Wirkungen des heißen Wassers auch nur annähernd erschöpfend aufzählen, dazu sind sie zu zahlreich. Die Heilwirkung, die von heißem Wasser ausgeht, ist schon seit altersher bekannt. Wir haben Berichte aus den Zeiten der Römer, die uns erzählen, wie schon damals die Heilkraft mancher Quellen, sogenannter Thermalquellen, die lediglich auf ihrer Temperatur beruhte, ausgenutzt wurde.